

Wie Veränderte der 11. September 2001 die amerikanische Aussenpolitik von George W. Bush?

The Impacts of the 9/11 Attack on USA Foreign Policy
Led by George W. Bush

11 Eylül Saldırısının George W. Bush Yönetimindeki
ABD Dış Politikasına Etkisi

Metin AKSOY *

Zusammenfassung

Über amerikanische Aussenpolitik wird sowohl Vergangenheit als auch in den heutigen Tagen wichtige Debatte durchgeführt. Die Frage ist, ob die amerikanische Aussenpolitik eine globale Verbreitung von Demokratie und Freiheit verfolgt oder eine Politik, die einzig dem Ausbau hegemonialer Interessen dient damit ihre hegemonie weltweit weiter ausbaut. Besonders das zeichnet sich ein Paradigmen Wechsel nach dem 11. September unter Führung Bush-Administration im Bereich Amerikanische Aussenpolitik Strategie. Die Arbeit besteht aus zwei Teilen. Im ersten Teil wird die allgemeine Tendenz der herkömmlichen amerikanischen Außenpolitik vorgestellt. Dann werden die Veränderungen in der Außenpolitik im Licht der Vergangenheit und nach der Bush-Administration in Bezug auf 9/11 Angriff untersucht werden.

Schlüsselwörter: 11. September, Bush Administration, Außenpolitik, Hegemonie, Strategie.

* Dr., Universität Gümüşhane, Fakultät für Wirtschaftswissenschaften und Verwaltungswissenschaften, Politikwissenschaft (Yrd. Doç. Dr., Gümüşhane Üniversitesi, İİBF, Siyaset Bilimi ve Kamu Yönetimi), e-posta: metinaksoy@hotmail.de

Abstract

There has been a wide range of discussions on the approach to American foreign policy from past to present. The main issue is whether the foreign policy was implemented in order to expand the democracy and freedom in a global scale or to use in these concepts in the context of strengthening its hegemony. Specifically, the strategies applied after the 9/11 attack by George W. Bush were pointing out a turning point in a paradigm shift in the foreign policy. This study consists of two parts. In the first part, the general tendency of the conventional American foreign policy is presented. Then, the changes in the foreign policy will be examined in the light of the before and after Bush administration regarding to the 9/11 attack.

Key Words: 11 September, Bush Administration, Foreign Policy, Hegemony, Strategy.

Öz

Amerikan dış politika anlayışıyla ilgili geçmişte ve günümüzde önemli tartışmalar yaşanmaktadır. Bu tartışmalar yürütülen dış politika anlayışının küresel düzeyde demokrasinin ve özgürlüklerin genişlemesi ideali ile mi yürütüldüğü; yoksa bu değerleri kendi hegemonyal çıkarları için mi kullandığı yargısında toplanmaktadır. Özellikle 11 Eylül Saldırısının ardından George W. Bush'un uygulamaya koyduğu dış politika stratejileri bu bağlamda bir dönüm noktasını ve paradigma değişimini işaret etmektedir. Bu çalışmada önce ABD'nin geleneksel dış politika yönelimi üzerinde durulacaktır. Daha sonra Bush Yönetimi öncesi ve sonrası ile 11 Eylül Saldırısı dikkate alınarak ABD dış politikasındaki değişimler üzerinde durulacaktır.

Anahtar Kelimeler: 11 Eylül, Bush Yönetimi, Dış Politika, Hegemonya, Strateji.

1. Einleitung

Die Außenpolitik der Vereinigten Staaten ist ein höchst komplexes Politikfeld, das sowohl in der Vergangenheit als auch in der Gegenwart zahlreiche Fragen aufgeworfen hat. Die offensichtlichen Widersprüche innerhalb der außenpolitischen Richtung der Vereinigten

Wie Veränderte der 11. September 2001 die amerikanische Aussenpolitik
von George W. Bush?

Staaten treffen diesseits des Atlantiks oftmals auf großes Unverständnis: Was sind die Leitmotive der Außenpolitik der Vereinigten Staaten? Ein idealistisches Ordnungskonzept mit dem Anspruch von allgemeiner Gültigkeit, das für eine globale Verbreitung von Demokratie und Freiheit steht oder eine Politik, die einzig dem Ausbau hegemonialer Interessen dient und jegliche ordnungspolitische Vorstellung vermissen lässt?¹ Seit dem Amtsantritt von George W. Bush im Jahr 2001 scheinen sich diese Tendenzen noch verstärkt zu haben. Viele Politikwissenschaftler und Journalisten sprachen in diesem Zusammenhang von einer „Bush-Revolution“ in der amerikanischen Außenpolitik. Aber wie sieht nun die operative und deklaratorische Außenpolitik objektiv betrachtet, jenseits populistischer Vorstellungen, genau aus? Dieses ist eines der Ziele der vorliegenden Arbeit.

Der Schwerpunkt der Arbeit bezieht sich auf die Deutung des Terroranschlags am 11. September 2001 durch die Bush-Regierung und die Konsequenzen, welche daraus für die außenpolitische Strategie der Vereinigten Staaten erwachsen sind. Die gesamte Bedeutung des 11. Septembers 2001 für die amerikanische Außenpolitik kann natürlich nur verstanden werden, wenn auch die Zeit vor dem Anschlag untersucht wird. Dabei werden zwei Aspekte verdeutlicht: zum einen kam es seit dem Amtsantritt George W. Bushs zu Veränderungen in der amerikanischen Außenpolitik, welche sich besonders im transatlantischen Verhältnis sichtbar gemacht haben und zum anderen konnte sich der viel zitierte außenpolitische Paradigmenwechsel aber erst angesichts der neuen Bedrohungssicht durch den 11. September entwickeln. Das Ergebnis dessen war ein außenpolitischer Entwurf, der sich aufgrund seiner deutlichen Akzentuierung der einzelnen Absichten und ihrer Zusammenstellung zu einem außenpolitischen Konzept, von vorherigen unterschied. An Entschlossenheit diese Strategie umzusetzen, mangelte es der Bush- Administration keineswegs, wie der Krieg

3

Güvenlik
Stratejileri
Yıl: 10
Sayı: 20

¹ Schweigler, Gebhard: Außenpolitik. In: Lösche Peter/ von Loeffelholz, Hans Dietrich (Hrsg.): *Länderbericht USA*. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur. 4. Aufl. Bonn 2004. S. 410. (Künftig zitiert: Schweigler: Außenpolitik.)

gegen den Irak bestätigte. Zu Recht bezeichnen demnach führende Politikwissenschaftler die Außenpolitik der Bush- Regierung als imperialen Liberalismus.

Bevor sich die Arbeit der eigentlichen Fragestellung widmet, werden noch die zentralen außenpolitischen Orientierungen in den Vereinigten Staaten aufgezeigt. Das dient zum einen der Einführung in das Thema und zum anderen werden dadurch Kontinuitäten und Diskontinuitäten in der Außenpolitik der Bush-Administration besser sichtbar.

2. Die außenpolitischen Orientierungen in den Vereinigten Staaten

Trotz des Unverständnisses über die Beweggründe der amerikanischen Außenpolitik kann man eines mit Sicherheit sagen: Die USA werden aufgrund ihrer außerordentlichen Machtstellung und ihrer spezifisch politischen Kultur immer eine Außenpolitik sui generis verfolgen.² Diese Außenpolitik erschien in Zeiten des Kalten Krieges einigermaßen beständig und berechenbar: „*Die Strategie der Eindämmung stellte innenpolitisch eine Kompromissformel zwischen weltpolitischer Enthaltensamkeit auf der einen und aggressivem Zurückwerfen des Feindes auf der anderen Seite dar.*“³ Letzten Endes gingen die USA als Sieger und einzig verbleibende Supermacht aus dem Kalten Krieg hervor. Diese weltpolitische Zäsur brachte neue außenpolitische Fragen für die Vereinigten Staaten mit sich. Clinton versuchte die außenpolitischen Ziele der USA mit dem Begriff der „*unverzichtbaren Nation*“ zu umschreiben. Die operative Politik der Clinton-Administration zeigte auch eine prinzipielle Neigung zu weltpolitischem Engagement. Allerdings blieb am Ende seiner Amtszeit der Eindruck einer bisweilen unentschlossenen und unzuverlässigen Außenpolitik bestehen.⁴ Die

4

Security
Strategies
Year: 10
Issue: 20

² Rudolf, Peter: *Von Clinton zu Bush. Amerikanische Außenpolitik und transatlantische Beziehungen*. Im Internet: http://www.swpberlin.org/fileadmin/contents/products/fachpublikationen/Rudolf_END20_04_04ks.pdf (17.12.2012). S. 5. (Künftig zitiert: Rudolf: transatlantische Beziehungen.)

³ Schweigler: Außenpolitik, S. 410.

⁴ Schweigler: *Außenpolitik*, S. 411.

Wie Veränderte der 11. September 2001 die amerikanische Aussenpolitik
von George W. Bush?

Außenpolitik der damaligen Bush- Administration ist vor allem durch unilaterales Verhalten gekennzeichnet. In der im Jahre 2002 erschienenen Nationalen Sicherheitsstrategie verabschiedete sich George W. Bush endgültig von der über Jahrzehnte gültigen Strategie der Eindämmung und ersetzte diese durch eine Strategie des militärischen Erstschlags. Der Irakkrieg war das erste Exempel dieser Politik.

2.1. Der Modus des internationalen Engagements in der amerikanischen Außenpolitik

Allgemein kann über die amerikanische Außenpolitik in den letzten Jahrzehnten gesagt werden, dass sie immer beide Elemente der Art des internationalen Engagement, Multilateralismus und Unilateralismus, beinhaltet. Auch wenn einer der beiden Pole stärker betont wurde, so setzte sich doch keine Tendenz jemals vollständig alleine durch.⁵ Hippler umschreibt dieses Verhalten folgendermaßen: „Die amerikanische Außenpolitik war fast immer zu pragmatisch und zielorientiert, um vom Streben nach ideologischer Reinheit in dieser Frage beherrscht zu werden. Das Mischverhältnis zwischen uni- und multilateraler Ausrichtung mochte wechseln, aber beide Politikstränge existieren bis heute nebeneinander, oft in harmonischer Ergänzung zur Verfolgung der eigenen Interessen, gelegentlich im Konflikt miteinander.“⁶ Dementsprechend handelte es sich bei der starken Gewichtung des Unilateralismus durch die Bush-Regierung nicht um einen Bruch in der außenpolitischen Tradition der USA, sondern nur um eine besondere Akzentuierung einer der beiden Politikansätze.⁷ Die Bedeutung von Multilateralismus und Unilateralismus in der Außenpolitik wird im Wesentlichen von drei Faktoren bestimmt: der Wahrnehmung der eigenen Interessen, der Berücksichtigung des gesamtpolitischen Kontextes, sowie der ideologischen Präferenz der jeweiligen Regierung und der außenpolitischen Elite.⁸ In der Zeit des Kalten Krieges waren

⁵ Rudolf: *transatlantische Beziehungen*; S. 5.

⁶ Ebda.

⁷ Ebda.

⁸ Ebda.

die USA auf Verbündete im Kampf gegen die Sowjetunion stärker angewiesen als in der heutigen Zeit, in welcher die Vereinigten Staaten als einzige Supermacht verblieben sind. Ohne die Unterstützung von Verbündeten konnte die Sowjetunion nicht besiegt werden, da ihre „Zurückdrängung“ oder ihre „Eindämmung“ nicht nur auf der wirtschaftlichen und militärischen Macht Amerikas beruhte, sondern auch auf einem komplexen System von Partnern, die das Interesse der USA teilten und sich von einer Zusammenarbeit Vorteile versprachen.⁹ In der damaligen Phase der Unipolarität erschienen den USA multilaterale Einbindungen eher hinderlich für die Durchsetzung ihrer eigenen Interessen. Darüber hinaus darf nicht die institutionell bedingte Präferenz zum Unilateralismus in den Vereinigten Staaten vergessen werden, die aus der starken Rolle des Kongresses in der Außenpolitik resultiert. Multilaterale Verfahren erscheinen dem Kongress als Einschnitt in sein Mitsprache- und Kontrollrecht bezüglich außenpolitischer Fragen.¹⁰

2.2. Die strategischen Ausrichtungen in der amerikanischen Außenpolitik

In den letzten Jahrzehnten sind zwei außenpolitische Grundorientierungen in den Vereinigten Staaten von Bedeutung gewesen: die liberale und die konservative Richtung des Internationalismus. Obwohl es innerhalb dieser Ansätze unterschiedliche Facetten gibt, haben sie doch eines gemeinsam: die Betonung des „realistisch“-geopolitischen Kerns der amerikanischen Sicherheitsinteressen.¹¹ Dank dieser Übereinstimmung ist es zu einer außerordentlichen Beständigkeit der amerikanischen Politik in den für die USA bedeutenden Regionen Europa, Ostasien und Persischer Golf gekommen. So haben die Vereinigten Staaten auch nach dem Ende des Kalten Krieges das Bestreben sowohl eine europäische als auch eine pazifische Macht zu bleiben. Beispiele dafür sind nicht zuletzt die Transformation und

6

Security
Strategies
Year: 10
Issue: 20

⁹ Ebda.

¹⁰ Rudolf: *transatlantische Beziehungen*; S. 5.

¹¹ Ebda.

Wie Veränderte der 11. September 2001 die amerikanische Aussenpolitik
von George W. Bush?

Erweiterung der NATO oder die Bewahrung der Sicherheitspartnerschaft mit Japan.¹² In der Region des Persischen Golfs wollen die USA ihre Rolle als einzige Ordnungsmacht bestätigt sehen. Uneinigkeit zwischen liberalem und konservativem Internationalismus herrscht vor allem in der Ansicht über die Leitidee der amerikanischen Außenpolitik. Liberale Vertreter sehen die USA als Garant für eine globale Verbreitung von Demokratie und Freiheit. Sie gehen damit weit über das rein realpolitische Interesse hinaus und wollen eine wertorientierte Außenpolitik betreiben. Konservative Internationalisten hingegen folgen der Vorstellung einer machtpolitisch garantierten internationalen Ordnung und sprechen sich gegen eine von moralischen Aspekten geleitete Außenpolitik aus.¹³ Ein weiterer Unterschied zwischen den beiden Ansätzen besteht in ihrer Haltung zu militärischen Interventionen. Allgemein spricht sich der konservative Internationalismus nur dann für ein militärisches Eingreifen der USA aus, wenn regionale oder globale Destabilisierungen drohen oder die vitalen Interessen Verbündeter in Gefahr sind. Ansonsten wollen sie militärische Einsätze der USA vermeiden, da sie erstens die „Überdehnung amerikanischer Fähigkeiten“ und zweitens den Verlust des innenpolitischen Rückhalts für eine weltweite Führungsrolle befürchten.¹⁴ Der liberale Internationalismus hingegen tendiert aufgrund seiner Weltordnungsvorstellungen auch zu militärischen Interventionen, die über die rein realpolitische Perspektive hinausgehen. Man sollte allerdings nicht vergessen, dass in der tatsächlich betriebenen Außenpolitik die Unterschiede zwischen den beiden Richtungen des Internationalismus schrumpfen. Deklaratorische und operative Politik unterscheiden sich während eines Wahlkampfes und im Verlauf der darauf folgenden Legislaturperiode mitunter beträchtlich.¹⁵

¹² Ebda.

¹³ Ebda.

¹⁴ Ebda. Hier setzt auch die momentane Kritik an Präsident Bush jr. aus konservativen Kreisen an, wie im Verlauf der Arbeit noch gezeigt wird

¹⁵ Ebda.

2.3. Der Zusammenhang zwischen Außen- und Innenpolitik in den Vereinigten Staaten

Zu Beginn einer außenpolitischen Arbeit ist zunächst die Frage nach den nationalen Interessen zu stellen. Allerdings erweist sich das im Hinblick auf die Vereinigten Staaten als sehr kompliziert. Schweigler sagt diesbezüglich, dass über das Selbstverständliche hinaus, sprich die Gewährleistung der eigenen Sicherheit sowie den Erhalt des eigenen Wohlstandes, die nationalen Interessen nicht ohne weiteres über einen längeren Zeitraum hinweg bestimmt werden können, da sie in Demokratien ein wesentlicher Bestandteil des demokratischen Prozesses selber seien.¹⁶ Im Unterschied zu den europäischen Staaten, in welchen das Primat der Außenpolitik immer noch hoch gehalten und somit von demokratischen Kontrollprozessen fern gehalten werde, gelte diese Vorrangstellung der Außenpolitik in den USA nicht. Demzufolge sei die Außenpolitik dort Objekt parteipolitischer Auseinandersetzungen und das nationale Interesse sei das, was als Ergebnis des politischen Prozesses dafür erklärt werde.¹⁷ Folgt man dieser Prämisse während einer Analyse der amerikanischen Außenpolitik, versteht sich die bekannte Grundbedingung Außenpolitik ist Innenpolitik von selbst.¹⁸ Ohne die Erforschung der innenpolitischen Verhältnisse, ist eine Beurteilung der Außenpolitik der USA nicht denkbar. Von besonderer Bedeutung ist dabei das Verständnis der politischen Kultur der Vereinigten Staaten.¹⁹ Diese, bestehend aus einer spezifischen Form von Nationalismus (Amerikanismus), dem Glauben an die Einzigartigkeit der Vereinigten Staaten (Exzeptionalismus) und einer stark ausgeprägten Zivilreligion, die sakrale und weltliche Elemente zu

¹⁶ Schweigler: *Außenpolitik*, S. 412.

¹⁷ Ebda.

¹⁸ Ebda.

¹⁹ Schweigler meint diesbezüglich, dass das Verständnis der amerikanischen Wertvorstellungen von zentraler Wichtigkeit sei, da sie die Einzigartigkeit der Vereinigten Staaten ausmache: „Es eint sie [die USA] kein über Jahrtausende erwachsenes ethnisches oder historisches Bewusstsein, sondern allein ihre „zivile Religion“ – der Glaube an die Einzigartigkeit ihrer politischen Werte.“ (S. 412).

Wie Veränderte der 11. September 2001 die amerikanische Aussenpolitik von George W. Bush?

einer Integrationsideologie vereint, stößt in Europa oftmals auf Unverständnis, ist aber bei der Beurteilung der Innenpolitik und somit der Außenpolitik stets zu berücksichtigen.²⁰ Abschließend soll noch auf einen wichtigen Aspekt der amerikanischen Außenpolitik hingewiesen werden: Die Parallelität unterschiedlicher Außenpolitiken. Wer von der Außenpolitik der Vereinigten Staaten spricht, sollte bedenken, dass zwei bis drei Außenpolitiken gleichzeitig bestehen: „Für eine zeichnet sich das Außenministerium, für eine das Pentagon und für eine möglich dritte der Nationale Sicherheitsberater.“²¹ Hinzu kommt natürlich noch die bereits erwähnte Funktion des Kongresses, welcher mitunter für eine vierte Außenpolitik der USA verantwortlich ist.²² Für eine präzise Analyse der Außenpolitik sollte man deshalb hinzufügen, von welcher Außenpolitik die Rede ist.²³

3. Der Wandel der amerikanischen Außenpolitik unter George W. Bush vor dem 11. September 2001

Bevor sich die Arbeit nun der eigentlichen Fragestellung zuwendet, müssen zuvor noch einige Worte zu der Außenpolitik George W. Bushs vor dem 11. September gesagt werden. Aus analytischen Gründen ist es vorteilhaft, zwischen der amerikanischen Außenpolitik vor und nach dem Anschlag auf das World Trade Center zu unterscheiden,

9

Güvenlik
Stratejileri

Yıl: 10

Sayı: 20

²⁰ Schweigler führt an, dass ein wichtiger Aspekt der politischen Kultur in den USA auch die Akzeptanz unterschiedlicher Wertvorstellungen, die in den politischen Prozess eingebracht werden, sei. Dies führe unter Umständen allerdings zu Neuansätzen in der Außenpolitik und stelle deren Beständigkeit in Frage. (S. 413).

²¹ Ash, Timothy Garton: *Freie Welt. Europa, Amerika und die Chance der Krise*. München 2004.

S. 123. (Künftig zitiert: Ash: Freie Welt.)

²² Ash: *Freie Welt*, S. 124. „Eine vierte (Außenpolitik) wird gelegentlich vom Kongress auferlegt, der eine Rolle als Teil „der Regierung“ spielt, wie man das von Parlamenten großer europäischer Staaten nicht kennt.“

²³ Von einer gemeinsamen außenpolitischen Meinung kann angesichts der zunehmenden Polarisierung der Gesellschaft in den USA in der Tat nicht die Rede sein. In vielen außenpolitischen Fragen stehen sich die Wähler der Republikaner und die Wähler der Demokraten diametral gegenüber.

weil sich die gesamte Breite der außenpolitischen Strategie der Bush-Regierung erst im Zeichen des Terrorangriffs entwickeln konnte. Vergleichte man allerdings die Präsidentschaft George W. Bush zu Beginn seiner Amtszeit mit dem Stil seines Vorgängers Bill Clinton, werden auch dort schon große Veränderungen in der amerikanischen Außenpolitik sichtbar. Diese wirkten sich vor allen auf das Verhältnis zwischen Europa und den Vereinigten Staaten aus.

3.1. Die Veränderung der transatlantischen Beziehungen unter George W. Bush

Als George W. Bush im Jahre 2000 zum 43. Präsident der Vereinigten Staaten gewählt wurde, bedeutete das für Europa²⁴ in erster Linie eine Umgestaltung der transatlantischen Beziehungen. „*Wollen wir, dass die Europäische Union ein Erfolg wird?*“ Diese provokante Frage stellte Bush im Jahr 2001 bei einem Treffen, das ihn auf seinen ersten offiziellen Besuch in Europa vorbereiten sollte.²⁵ Während frühere Präsidenten, allen voran Bill Clinton Befürworter der Europäischen Integration gewesen waren, stellten sich führende Politiker der neuen Bush- Administration die Frage, ob ein geeintes Europa im nationalen Interesse der Vereinigten Staaten läge. Aufgrund der mangelnden außenpolitischen Abstimmung der EU-Länder untereinander und der militärischen Asymmetrie zu den Vereinigten Staaten, kam man zu dem Schluss, dass bilaterale Allianzen zu einzelnen europäischen Ländern für die USA vorteilhafter seien.²⁶ Eine weitere Veränderung in den transatlantischen Beziehungen war der Bedeutungsverlust, welchem sich Europa in der neuen Regierung ausgesetzt sah. Ash stellt diesbezüglich fest: „*Aus der luftigen Höhe von Amerikas neuer globaler Dominanz betrachtet, mochte der alte Kontinent für Politiker, die keine besonderen Bindungen nach Europa hatten, wie einer unter vielen wirken.*“²⁷

²⁴ Aus vereinfachenden Gründen wird von einem Europa gesprochen und nicht spezifisch auf die einzelnen Länder eingegangen.

²⁵ Ebda.

²⁶ Ebda.

²⁷ Ebda.

Im Gegensatz zu seinem Amtsvorgänger wies Bush kaum Kenntnis über Europa auf. Clinton hingegen hatte unter anderem in Oxford studiert und zahlreiche Aufsätze zur europäischen Politik verfasst. In seiner Studienzeit bereiste er viele europäische Länder und nahm während des Vietnamkrieges an Anti- Kriegsdemonstrationen in London teil. Ash bemerkt über Clinton: „*Einmal abgesehen von seiner baptistischen Religiosität, äußerte sich der internationalistische, wohlfahrtsorientierte, sozial und sexuell liberal eingestellte Altachtundsechziger Bill Clinton wie ein Europäer.*“²⁸ Aufgrund des mangelnden Wissens über Europa beurteilte George W. Bush die politische Situation stark nach dem Eindruck, den die jeweiligen Regierungschefs auf ihn machten. Speziell für Deutschland war das von Nachteil. Während Bill Clinton und Gerhard Schröder sich auch wegen ihrer Vergangenheit politisch nahe standen, hatte George W. Bush nichts mit der liberalen Altachtundsechziger-Generation gemein. Noch abgeneigter zeigte er sich gegenüber dem grünen Außenminister Joschka Fischer. Laut Bushs ehemaligem Redenschreiber Davis Frum, bezeichnete er grüne Politiker im Privaten als „*grüngrüne Limabohnen*“.²⁹ Das mag sich auf den ersten Blick etwas banal anhören, aber es macht eines mit Sicherheit deutlich: zwischen einigen europäischen Regierungen und den Vereinigten Staaten unter einem Präsidenten Bush lagen, ideologisch gesehen, Welten.

3.2. Die Kursänderung der Bush-Regierung in wichtigen außenpolitischen Feldern vor dem 11. September 2001

Ideologische Differenzen zu Europa wurden besonders durch zwei außenpolitische Themen sichtbar, zu denen Bush früh eine

²⁸ Ash: *Freie Welt*, S. 138. Ash sagt zutreffend, dass Clintons „europäisches“ Verhalten von den Republikanern gehasst wurde: „Americas Kulturrevolution der 1960er hatte mittlerweile ihre Gegenrevolution hervorgebracht. Während der 1990er Jahre wurde die Kluft zwischen diesen beiden Americas immer tiefer. Jonah Goldberg z. B., ein erklärter Gegner Clintons und der Europäer, prägte den Begriff „käsefressende Kapitulationsaffen“, um die Franzosen zu beschreiben. (S. 138).

²⁹ Ash: *Freie Welt*, S. 140.

deutliche Stellung bezog: Umweltschutz und Ausbau der Landesverteidigung. Mit großem Schrecken mussten die Europäer hinnehmen, dass die Vereinigten Staaten aus dem Kyoto-Protokoll ausstiegen. Bush vertrat die Meinung, dass sich die Vorschriften des Kyoto-Protokolls negativ für die USA auswirken würden, da diese zukünftig mehr und nicht weniger Energie brauchen würden.³⁰ Die Präferenz zur Erweiterung der Landesverteidigung, dem Aufbau eines nationalen Raketenabwehrsystems im Weltall, machte Bush schon bei seiner Antrittsrede deutlich: „*Wir bauen eine Abwehr auf, die jeder Herausforderung standhält.*“³¹ Verwunderlich ist dies keineswegs. Im Jahr 2000 war bereits unter dem Namen „*Rebuilding America's Defenses*“ eine Arbeit der neokonservativen Denkfabrik *The Project for a New American Century* entstanden, die detailliert die Erhöhung der Militärausgaben zum Ausbau der militärischen Stärke der USA forderte.³² Einige der Architekten dieser Schrift, wie der damalige Vorsitzende der Weltbank Paul Wolfowitz beispielsweise, hatte seit der Präsidentschaft George W. Bushs im Pentagon oder im Büro des Vizepräsidenten Dick Cheney gearbeitet. Die Entscheidung der Bush-Administration, die Gunst der Stunde zu nutzen und die USA militärisch weiter auszubauen, war somit längst vor dem 11. September des Jahres 2001 gefallen.³³ Die Regierung hat das Ziel verfolgt, den einzigartigen Supermachtstatus der USA zu erhalten und zu erweitern. Folglich sahen sie vertragliche Bindungen mit anderen Staaten im Bereich der

12

Security
Strategies
Year: 10
Issue: 20

³⁰ Ash: *Freie Welt*, S. 144. Allerdings scheint sich eine langsame Kursänderung in der Umweltpolitik von George W. Bush zu verzeichnen. Aufgrund der verheerenden Stürme der letzten Jahre, steigt auch innerhalb der Regierung die Angst vor dem Klimawandel. In der Rede zur Lage der Nation vom Januar 2006 stellte Bush diesbezüglich ein Programm zur Förderung von Biobenzin vor. State of the Union Adress vom 31. Januar 2006.

³¹ Ash: *Freie Welt*, S. 144.

³² Donnelly, Thomas/Kagan, Donald, Gary Schmitt: *Rebuilding America's Defenses. Strategy, Forces and Resources. A Report of the Project for the New American Century*. September 2000. Im Internet: <http://globalresearch.ca/articles/NAC304A.html> (Stand: 17.12.2012)

³³ Ash: *Freie Welt*, S. 145.

Wie Veränderte der 11. September 2001 die amerikanische Aussenpolitik
von George W. Bush?

Rüstungskontrolle als hinderlich an. Czempiel stellt fest, dass die Rüstungskontrolle als kooperativ gehandhabte Teilweltordnung im amerikanischen Kongress schon seit längerem auf zunehmende Skepsis gestoßen war. Trotzdem hätten die Präsidenten daran festgehalten.³⁴ Bush hingegen war der erste Präsident, welcher kooperative Vereinbarungen in der Rüstungskontrolle gegen eine unilaterale Sicherheitsgewährleistung ersetzen wollte. Die operative Politik der Bush-Regierung unterstrich diese Haltung: Sie stieg aus einer Reihe geplanter oder bereits bestehender Abkommen aus. Zu nennen sind hier der Vertrag zur Kontrolle des weltweiten Kleinwaffenhandels, der Vertrag zur Ächtung von Landminen und die Konvention über biologische und chemische Waffen.³⁵ Darüber hinaus signalisierte Bush die Absicht zum Ausstieg aus dem ABM-Vertrag.³⁶ Der bekannte Journalist Charles Krauthammer, ein Befürworter dieser Politik, bezeichnete sie als „*neuen Unilateralismus*“ und schrieb in der Washington Post: „*Nach einer Dekade, in der Prometheus sich als Pygmäe ausgegeben hat, ist eine Regierung endlich willens und bereit, die amerikanische Handlungsfreiheit und das Primat der amerikanischen Interessen durchzusetzen.*“³⁷ Bush änderte auch die außenpolitische Haltung der USA gegenüber großen Konflikten der Gegenwart. Während Clinton die „Sonnenscheinpolitik“ Südkoreas unterstützte und Nordkorea sich Anfang des Jahres 2001 zu einem vertraglichen Verzicht auf Testprogramme für Langstreckenverträge und die Herstellung von Massenvernichtungswaffen bereit erklärt hatte, torpedierte Bush diese Politik, indem er die mögliche Abmachung als überprüfungswürdig bezeichnete.³⁸ Auch wollte der neue Präsident

³⁴ Czempiel, Ernst-Otto: *Weltpolitik im Umbruch. Die Pax Americana, der Terrorismus und die Zukunft der internationalen Beziehungen*. 3. Aufl. München 2003. S. 92. (Künftig zitiert: Czempiel: Weltpolitik.)

³⁵ Ebda.

³⁶ Dieses geschah dann am 13. Juni 2002, nachdem die USA sechs Monate zuvor die Absichtserklärung diesbezüglich gegeben hatten.

³⁷ Ash: Freie Welt, S. 145.

³⁸ Czempiel: Weltpolitik, S. 103.

Clintons Bemühungen, einer Lösung des Nahost- Konflikts näher zu kommen, nicht fortsetzen, sondern das amerikanische Engagement einschränken. Die neue Regierung sah nicht in der Auseinandersetzung der Israelis und Palästinenser den größten Unruheherd des Nahen Ostens, sondern in Saddam Hussein.³⁹ Es ist müßig, darüber zu spekulieren, wie sich die transatlantischen Beziehungen und die Weltpolitik unter einem Präsidenten Al Gore entwickelt hätten. Kein Präsident der Vereinigten Staaten hätte nach den Ereignissen vom 11. September 2001 zum normalen politischen Tagesgeschäft übergehen können. Allerdings deuten Al Gores Handlungen als Vizepräsident in der Clinton- Administration auf eine Sichtweise der Welt und der transatlantischen Beziehungen hin, die sich eindeutig von der George W. Bushs unterschieden hätte.⁴⁰

4. Der 11. September 2001 und die Entstehung einer neuen außenpolitischen Strategie der Vereinigten Staaten

Zu Beginn ihrer Amtszeit war die Bush-Administration in vielen Politikfeldern, auch in der Außenpolitik keineswegs so entschlossen, wie es vielleicht den Anschein gemacht hat. Vielmehr zeichnete sie sich durch eine kohärente Handlungsweise aus. Grund dafür waren die unterschiedlichen Strömungen innerhalb der Republikanischen Partei, die Bush vereinen musste. Ash schreibt dazu, dass Bushs Regierung von starken Persönlichkeiten in Schlüsselpositionen in unterschiedliche Richtungen gelenkt wurde.⁴¹ Zu ihnen gehörte Colin Powell im Außenministerium, Donald Rumsfeld im Pentagon und Dick Cheney als Vizepräsident. Der Außenminister verkörperte den traditionellen Republikanismus im Kabinett. Powell wollte amerikanische Ziele durch eine, wie er es formulierte, „*Strategie der Partnerschaft*“ verwirklichen.⁴² Rumsfeld und Cheney wiederum können dem amerikanischen

³⁹ Das wird im Folgenden noch ausführlicher dargestellt.

⁴⁰ Ebda.

⁴¹ Ebda.

⁴² Ash: *Freie Welt*, S.142.

Wie Veränderte der 11. September 2001 die amerikanische Aussenpolitik
von George W. Bush?

Nationalismus zugerechnet werden.⁴³ Ihr Ziel war es, die USA zu einer unverletzlichen, wirtschaftlich und militärisch dominanten Macht zu machen. Dabei beinhaltet ihr Denken allerdings keine ideologische Agenda für die Umgestaltung anderer Regionen.⁴⁴ Dafür sieht sich wiederum eine dritte Strömung innerhalb der Administration verantwortlich: die sogenannten Neokonservativen, zu denen der bereits erwähnte Paul Wolfowitz gehört. Neokonservative gelten als sehr zielorientierte Denker, die gemäß ihrer Ideologie den Nahen Osten im Sinne amerikanischer Werte und Interessen umstrukturieren wollen. Neokonservative zeigen eine stark ausgeprägte Ablehnung gegenüber multilateraler Einbindungen der USA und wollen ihr Hauptziel, die Stabilisierung und Ausweitung der Zone des liberalen Friedens, notfalls durch politische und militärische Alleingänge der USA verwirklicht sehen.⁴⁵ Einige Mitglieder der Bush-Administration wie beispielsweise Cheney und Wolfowitz sind in den 80er Jahren bereits für die Regierung Ronald Reagans tätig gewesen. Vergleicht man die Politik Reagans mit der Bush-Politik lassen sich deutlich Parallelen erkennen. Genau wie Bush propagierte Reagan eine Erweiterung des Rüstungshaushaltes und setzte sich für einen Ausbau der militärischen Macht der Vereinigten Staaten ein.⁴⁶ Eine Politik der massiven Erhöhung des Militärbudgets mit gleichzeitiger Kürzung der Sozialausgaben ist

⁴³ Eine große Diskrepanz zwischen Rumsfeld und Powell wird besonders in ihrer unterschiedlichen Haltung über den Rechtsstatus der Gefangenen in Guantanamo deutlich. Während der Verteidigungsminister es ablehnte, diese als Kriegsgefangene gemäß der Genfer Konventionen zu behandeln, verwies Powell darauf, dass diese Haltung den Grundsatz der Gegenseitigkeit verletze und die rechtmäßige Behandlung amerikanischer Soldaten im Ausland gefährde. Greenberg, Karen: Der lange Weg zur Grausamkeit. In: Süddeutsche Zeitung Nr. 138 vom 18/19. Juni 2005. S. 13.

⁴⁴ Ash: *Freie Welt*, S. 143.

⁴⁵ Krause, Joachim: Multilaterale Ordnung oder Hegemonie. Zur transatlantischen Debatte über die weltpolitische Neuordnung. In: *APUZ*: B 31- 32/ 2003. S. 6-14.

⁴⁶ Czempiel: Weltpolitik, S. 96-108. Große Gemeinsamkeiten lassen sich vor allem in der politischen Rhetorik der beiden Präsidenten erkennen, Diese kennzeichnet sich durch ein ausgeprägtes Freund- Feind-Denken, das die Welt ganz einfach in „Gut und Böse“ einteilt, wobei die Vereinigten Staaten natürlich die Rolle des „Guten“ verkörpern.

aber in Zeiten des Friedens nicht leicht durchzusetzen. Das musste auch Bush jr. im Juni 2001 erkennen, als die Regierung den geplanten Verteidigungsetat für das am 1. Oktober beginnende Haushaltsjahr vorlegte. Dieser sah eine Steigerung um sieben Prozent auf 329 Milliarden Dollar vor. 8,3 Milliarden Dollar der Ausgaben waren dabei für die Erforschung und Entwicklung des Raketenabwehrsystems vorgesehen. Der Kongress lehnte allerdings den Haushaltsentwurf ab, da er entweder zu einem Haushaltsdefizit oder wie gesagt zu massiven Kürzungen der Sozialausgaben geführt hätte.⁴⁷ Czempiel stellt diesbezüglich fest, dass bei gleich stabil bleibender Außenpolitik, es der Regierung schwer gefallen wäre, die notwendigen Gelder für ihr gewünschtes Aufrüstungs- und Raketenabwehrprogramm zu bekommen.⁴⁸ Anders ausgedrückt: Den USA als einzig verbliebener Supermacht fehlte der notwendige Gegner bzw. Der notwendige Feind, der die Politik Bushs gerechtfertigt hätte.⁴⁹ Der 11. September 2001 änderte diese Situation und machte die USA zu einer „Weltmacht vor neuer Bedrohung“.⁵⁰ Wie die kommenden Kapitel zeigen, hatte diese neue Bedrohungsrichtung weitreichende Folgen für die Außenpolitik der Vereinigten Staaten. Einerseits konnten bereits bestehende Aspekte akzentuiert werden und andererseits wurden neue Punkte in das außenpolitische Konzept aufgenommen, die vorher nur Beachtung bei Teilen der Administration bekommen hatten.

16

Security
Strategies
Year: 10
Issue: 20

⁴⁷ Czempiel: *Weltpolitik*, S. 100.

⁴⁸ Ebda.

⁴⁹ Wilzewski, Jürgen: Die Bush-Doktrin, der Irakkrieg und die amerikanische Demokratie. In: APUZ B45/2004. S. 25. Wilzewski schreibt noch: „Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts kam es zu einem verstärkten Tauziehen zwischen Präsident und Kongress. Die USA waren eine „Weltmacht ohne Gegner“, was auch bedeutete, dass jener Bedrohungszusammenhang entfallen war, der von den usamerikanischen Präsidenten jahrzehntelang dazu benutzt worden war, um ihren Führungsanspruch in der Formulierung der amerikanischen Weltpolitik zu begründen. In der Folge wurde die Bestimmung nationaler Interessen zunehmend durch einen „tug-of-war“ zwischen Weißem Haus und Kapitol berührt, zumal das Interesse der US-amerikanischen Öffentlichkeit an außenpolitischen Themen deutlich nachgelassen hatte.“ (S. 25).

⁵⁰ Ebda.

4.1. Wie interpretierte die Bush-Administration den 11. September und was waren die Gründe dafür?

Der Anschlag auf das World Trade Center am 11. September 2001 ist, um mit den Worten von Harald Müller zu sprechen, keine Zeitenwende gewesen wie es beispielsweise der 9. November 1989 gewesen ist. Dieser hatte die weltpolitische Epoche beendet, welche fast 50 Jahre die Staaten dieser Erde in zwei Blöcke geteilt hatte.⁵¹ Nichtsdestotrotz ist der 11. September ein Novum in der Geschichtsschreibung gewesen. Eine terroristische Gruppierung hatte nicht mit Waffen, sondern mit der Umfunktionierung gewöhnlicher Passagierflugzeuge, das mächtigste Land der Welt angegriffen. Das Gefühl der asymmetrischen Verwundbarkeit war für die amerikanische Gesellschaft ein traumatisches Erlebnis.⁵²

Rudolf beschreibt dies folgendermaßen: „Gegen weitreichende sowjetische/russische Nuklearwaffen waren die USA zwar seit Jahrzehnten verwundbar; doch aufgrund der wechselseitig gesicherten Vernichtungsfähigkeit handelte es sich um eine symmetrische Konstellation, die die Abschreckung des potentiellen Gegners ermöglichte.“⁵³

Die Fragen nach den politischen Konsequenzen, welche die Vereinigten Staaten aus dem Terrorangriff ziehen sollten, wurden von der Bush- Administration schnell beantwortet. Der politische Diskurs wurde dabei eindeutig von der neokonservativen Elite bestimmt, welche als Reaktion auf den 11. September den „globalen Krieg gegen den Terror“ forderten.⁵⁴ Die neokonservative Interpretation wurde von

⁵¹ Müller, Harald: *Supermacht in der Sackgasse? Die Weltordnung nach dem 11. September*. Bonn 2003. S. 11.

⁵² Rudolf, Peter: George W. Bushs außenpolitische Strategie. *SWP-Studie*. September 2005. Im Internet: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2005_S25_rdf_ks.pdf (Stand: 17.12.2012). S. 7. (Künftig zitiert: Rudolf: Strategie.)

⁵³ Rudolf: Strategie, S. 7.

⁵⁴ Ebda. Czempiel bemerkt noch, dass es in der Bush- Administration zweifelsohne verschiedene Interpretationsmöglichkeiten des 11. Septembers gegeben hat: „Es kann sicher unterstellt werden, dass in der Administration George W. Bushs über die richtige Deutung der Katastrophe des 11. Septembers lange und kontrovers

George W. Bush übernommen und mit aller Deutlichkeit vertreten. Präsidenten haben in außenpolitischen Fragen allgemein eine bevorzugte Stellung, um ihre Sichtweise der Öffentlichkeit zu präsentieren. So wurde der „globale Krieg gegen den Terror“ zu dem, was in der Kommunikationswissenschaft als „frame“ bezeichnet wird. Rudolf bezeichnet damit einen Deutungsrahmen, der Fakten einen Zusammenhang verleiht, Ereignisse strukturiert und Prioritäten setzt.⁵⁵ Was sich der Präsident unter diesem Deutungsrahmen im Einzelnen vorstellte, machte er in seiner Rede im Kongress vom 20. September 2001 deutlich. In seiner Ansprache bereitete er das amerikanische Volk auf einen langen, nie zuvor da gewesenen Krieg vor: „*Our response involves far more than instant retaliation and isolated strikes. Americans should not expect one battle, but a lengthy campaign, unlike any other we have ever seen. It may include dramatic strikes, visible on TV, and covert operations, secret even in success. We will starve terrorists of funding, turn them one against another, drive them from place to place, until there is no refuge or nor rest.*“⁵⁶ Um diesen Krieg gegen den internationalen Terrorismus gewinnen zu können, forderte Bush den Einsatz aller nationalen Ressourcen: „*We will direct every resource at our command – every means of diplomacy, every tool of intelligence, every instrument of law enforcement, every financial influence, and every necessary weapon of war.*“⁵⁷ Hieraus wird ersichtlich, dass die Bezeichnung „Krieg“ mehr als nur eine metaphorische Bedeutung hatte.

nachgedacht und diskutiert worden ist, die weit über den Tag hinaus nachwirken. Ihre Spuren lassen sich in den öffentlichen Verlautbarungen einzelner Minister, vor allem des amerikanischen Außenministers Colin Powell, deutlich erkennen.“ (S. 120).

⁵⁵ Rudolf: Strategie, S. 7. Er sagt weiter: „Deutungsrahmen dienen der Definition von Problemen und der Diagnose ihrer Ursachen. Sie geben Beurteilungsmaßstäbe an die Hand, offerieren Lösungen und wirken auf diese Weise mit bei der Konstruktion politischer Realität.“ (S. 7).

⁵⁶ The White House: Address to a Joint Session of Congress and the American People. 20. September 2001. Im Internet: <http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2001/09/20010920-8.html> (Stand: 19.12.2012).

⁵⁷ Ebda.

Wie Veränderte der 11. September 2001 die amerikanische Aussenpolitik
von George W. Bush?

Der Einsatz aller nationaler Ressourcen erfolgt normalerweise nur in einer Lage, die man mit dem Begriff des „Krieges“ in Verbindung bringt.⁵⁸ Um die Größenordnung des künftigen Konflikts zu beschreiben, zog Bush einen Vergleich zwischen internationalem Terrorismus und totalitären Ideologien des 20. Jahrhunderts, wie dem Faschismus oder dem Nationalsozialismus. In selbiger Rede erklärte Bush nicht nur dem Terrorismus globaler Reichweite den Krieg, sondern auch den Staaten, die ihm Unterstützung boten. Afghanistan wurde in diesem Zusammenhang als wichtigster Entstehungsort von Terrorismus festgelegt. Bush sah eine enge Verbindung zwischen dem afghanischen Taliban-Regime und dem Terrornetzwerk Al-Kaida: „*The leadership of al Qaeda has great influence in Afghanistan and supports the Taliban regime in controlling most of that country. In Afghanistan, we see al Qaeda's vision for the world.*“⁵⁹ Czempiel meint diesbezüglich, dass zwar sowohl familiäre als auch politische Beziehungen zwischen Mitgliedern von Al-Kaida und Taliban bestünden, diese aber kein Produkt des Terrornetzwerks seien. Vielmehr seien die Taliban das Ergebnis der pakistanischen Politik, die das in Afghanistan nach dem Auszug der Sowjetunion herrschende Chaos ausgenutzt habe, um mit der Entsendung der „Gotteskrieger“ dort ein den Interessen Pakistans willfähiges Regime zu errichten.⁶⁰ In seiner Rede vom 20. September 2001 lokalisierte Bush insgesamt 60 Länder, in denen Al-Kaida Terroristen zu finden seien. Diese Länder, kündigte er an, würden künftig als feindliche Regime der USA behandelt werden, falls sie sich der Förderung des Terrorismus schuldig machen würden.⁶¹ Aus dieser

⁵⁸ Rudolf: *Strategie*, S. 8.

⁵⁹ The White House: Address to a Joint Session of Congress and the American People. 20. September 2001. Im Internet:<http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2001/09/20010920-8.html> (Stand: 19.12.2012).

⁶⁰ Czempiel: *Weltpolitik*, S. 112.

⁶¹ The White House: Address to a Joint Session of Congress and the American People. 20. September 2001. Im Internet:<http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2001/09/20010920-8.html> (Stand: 19.12.2012).

Haltung wird ein wichtiger Punkt ersichtlich: Bush deutete den Terrorismus als staatszentriertes Problem. Die Konsequenz dessen charakterisierte Czempiel folgendermaßen: „*Was außergewöhnlich am 11. September gewesen war, wurde auf diese Weise eingebettet in das gewohnte, traditionelle Paradigma der Verteidigung.*“⁶²

Als nächstes verschob die Bush-Administration den politischen Diskurs in eine Richtung, welche Massenvernichtungswaffen mit Terroristen bzw. mit terroristischen Staaten in Verbindung brachte. Damit folgte die Interpretationslinie der bereits existierenden „rogue state“-Debatte, welche sich seit den frühen 1990iger Jahren im sicherheitspolitischen Diskurs durchgesetzt hatte. Der Begriff „Schurkenstaat“ bezeichnet demnach ein Land, das in den Besitz von Massenvernichtungswaffen kommen will, den Terrorismus unterstützt und amerikanischen Interessen in diesen Regionen zuwider handelt.⁶³ Die Bush- Administration argumentierte folgendermaßen: „*Einige den Terrorismus unterstützende Staaten streben den Besitz von Massenvernichtungswaffen an oder besitzen sie bereits, Terrorgruppen gieren nach diesen Waffen und würden sie ohne Gewissensbisse einsetzen. Wir wissen, dass diese Waffen in den Händen von Terroristen zu Erpressung, Völkermord und Chaos führen würden.*“⁶⁴ Diese Argumentationslinie war vor allem für ein außenpolitisches Ziel der neokonservativen Gruppe in der Bush-Regierung wichtig: der

20

Security
Strategies
Year: 10
Issue: 20

⁶² Czempiel: Weltpolitik, S. 112.

⁶³ Rudolf: *Strategie*, S. 8. „Diese Stigmatisierung bestimmter Staaten [...] baute auf die Rhetorik der Reagan-Administration auf, die in ihrem Kampf gegen den Terrorismus das „outlaw“-Konzept eingeführt hatte. Wurde ein Staat erstmals in die Kategorie der „Schurkenstaaten“ eingeordnet, dann blieb kaum mehr als eine Politik der Eindämmung und Isolierung möglich, selbst vorsichtige Schritte zu einem kooperativen Ansatz waren der Kritik ausgesetzt.“ (S.8).

⁶⁴ The White House: President Thanks World Coalition for Anti-Terrorism Efforts. 11. März 2002. Im Internet: <http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2002/03/20020311-1.html> (Stand: 23.12.2012). Diese Vermutung resultiert aus einer Meinung, dass terroristische Gruppe nur in wenigen Fällen ohne staatliche Unterstützung in den Besitz von Massenvernichtungswaffen kommen können.

Beseitigung Saddam Husseins im Irak. In der „*State of the Union Adress*“ vom Januar 2002 hatte Bush den Irak, den Iran und Nordkorea als eine „*Achse des Bösen*“ bezeichnet und schuf damit eigens für diese Staaten eine neue Bedrohungskategorie.⁶⁵ Ihnen konnte zwar keine direkte Verbindung zum Al-Kaida-Netzwerk nachgewiesen werden, doch die Möglichkeit des Besitzes von Massenvernichtungswaffen machte sie zu einer potentiellen Gefahr für die Vereinigten Staaten.⁶⁶ Die Rede gab darüber hinaus auch Aufschluss über weitere außenpolitische Vorstellungen der Bush-Administration.

Vor allem der ursprüngliche Wunsch der Regierung nach einer Erweiterung der militärischen Stärke der USA bekam neuen Aufschwung: „*We have spent more than a billion dollars a month and we must be prepared for future operation. (...) We need to replace aging aircraft and make our military more agile, to put our troops anywhere in the world quickly and safely. (...) My budget includes the largest increase in defense spending in two decades – because while the price of freedom and security is high, it is never too high.*“⁶⁷ Diese Visionen, welche die Regierung ja bereits vor dem 11. September gehabt hatte, konnten erst durch das furchtbare Attentat verwirklicht werden. Der Bush-Administration eröffnete sich, getragen durch die Zustimmung des Kongresses und der amerikanischen Bevölkerung, ein kaum vorstellbarer Handlungsspielraum. Sichtbar wurde das unter anderem in der im Februar 2003 veröffentlichten „Nationalen Strategie für die Bekämpfung des Terrorismus“.⁶⁸ Diese, auch „4D strategy“ (Defeat,

⁶⁵ The White House: The President's State of the Union Adress. 29. Januar 2002. Im Internet: <http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2002/01/20020129-11.html> (Stand: 23.12.2012).

⁶⁶ Czempiel: *Weltpolitik*, S. 117.

⁶⁷ President's State of the Union Adress. 29. Januar 2002. Im Internet: <http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2002/01/20020129-11.html>. (Stand: 23.12.2012).

⁶⁸ The White House: National Strategy for Combating Terrorism. Februar 2003. Im Internet: <http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2003/02/20030214-7.html>. (Stand: 23.12.2012).

Deny, Diminish and Defend) genannt, zeigt den so genannten Paradigmenwechsel von einer reaktiven zu einer proaktiven amerikanischen Politik in der Terrorismusbekämpfung recht deutlich.⁶⁹

Das Strategiepapier bringt folgende Ziele zum Ausdruck: erstens sollen Terroristen und terroristische Organisationen bekämpft und ausgeschaltet, zweitens soll ihnen die Unterstützung durch Staaten entzogen, drittens soll der strukturelle und ideelle Nährboden für den Terrorismus dezimiert und viertens sollen die USA und ihre Bevölkerung sowohl zu Hause als auch im Ausland geschützt werden.⁷⁰ Fakt ist, wie bereits erwähnt, dass jeder Präsident der Vereinigten Staaten nach dem 11. September nicht zum normalen politischen Tagesgeschäft hätte übergehen können und wahrscheinlich wäre auch eine reaktive Politik in der Terrorismusbekämpfung für die Bevölkerung und die politische Elite nicht ausreichend gewesen. Was allerdings im Zuge der Ausdeutung des 11. Septembers geschah, war keine differenzierte Analyse der politischen Ursachen des Terrorangriffs. Die Bush-Regierung hingegen vermischte unterschiedliche Gefahren und Risiken zu einer „*monolithischen Bedrohung*“⁷¹ Dadurch wurde die anfängliche Priorität, das Al-Kaida-Netzwerk auszuschalten, verwässert.⁷² Hinzu kommt, dass dem Konflikt durch Begriffe wie „*Achse des Bösen*“ beispielsweise eine moralische Seite zugestanden wurde und er demzufolge eine metaphysische Qualität bekam.⁷³

Das Resultat dessen war eine „entpolitisierte Interpretation“ des Terrorismus.⁷⁴ „*We are in a conflict between good and evil, and America will call evil by its name. By confronting evil and lawless*

⁶⁹ Rudolf: Strategie, S. 9.

⁷⁰ The White House: National Strategy for Combating Terrorism, Februar 2003. Im Internet: <http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2003/02/20030214-7.html> . (Stand: 23.12.2012).

⁷¹ Rudolf: Strategie, S. 9.

⁷² Ebda.

⁷³ Czempiel: Weltpolitik, S. 119.

⁷⁴ Rudolf: *Strategie*, S. 9.

*regimes, we do not create a problem; we reveal a problem. And we will lead the world in opposing it.*⁷⁵ Bush stellte die Bedrohung durch den Terrorismus als einen Kampf zwischen Gut und Böse dar, in welchem es um die Verteidigung der Werte der zivilisierten Welt ginge. Die Vereinigten Staaten sahen dabei sich selbst als Garant für die Bewahrung von Freiheit, Demokratie und Frieden und darüber hinaus als Retter dieser Welt an. Warum Präsident Bush eine derartige Interpretation vornahm, kann wahrscheinlich nur in seiner Sozialisation durch die politische Kultur der Südstaaten begründet sein. Diese zeichnet sich vor allem durch einen auffälligen evangelikalischen Fundamentalismus mit einer starken Neigung zum Militarismus aus. Hinzu kommt, dass Bush ein Freund von klaren moralischen Entscheidungen und komplexen Zusammenhängen eher abgeneigt ist.⁷⁶ Auch darf nicht die Zweckmäßigkeit dieser Interpretation vergessen werden, da ein großer Teil der republikanischen Wähler der Christlichen Rechten zuzurechnen ist.⁷⁷ Diesen Menschen ist eine metaphysische Auslegung von Politik, in welcher die Bibel als Handlungsrahmen dient, nicht fremd.⁷⁸ Czempiel bemerkt noch, dass diese Zuordnung den Konsens der amerikanischen Gesellschaft für die Außenpolitik von Bush mobilisieren könne: *„Wenn Präsident Bush den Kampf gegen den Terrorismus in das gesellschaftliche Selbstverständnis der amerikanischen Außenpolitik implantieren konnte, wonach sie stets auf die Verbreitung von Frieden, Demokratie und Wohlstand ausgerichtet war, ließ sich die öffentliche Zustimmung leicht erreichen.“*⁷⁹

Das alles erklärt bis jetzt allerdings nicht, warum Bush und seine

⁷⁵ The White House: President Bush Delivers Graduation Speech at West Point. 1. Juni 2002. Im Internet: <http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2002/06/20020601-3.html> (Stand: 27.12.2012)

⁷⁶ Rudolf: Strategie, S. 9.

⁷⁷ Die Mitglieder der Christlichen Rechten sind allerdings erst zu Zeiten Ronald Reagans zu der Republikanischen Partei gewechselt. Zuvor waren sie zumeist Anhänger der Demokratischen Partei gewesen.

⁷⁸ Czempiel: Weltpolitik, S. 119.

⁷⁹ Ebda.

Administration das Deutungsschema des „*Global war on terror*“ fast „flächendeckend“ und kritiklos in der Bevölkerung und in der politischen Elite durchsetzen konnten. Um das zu verstehen, muss man den so genannten „rally around the flag“-Effekt berücksichtigen, der nach dem 11. September die gesamte amerikanische Gesellschaft erfasst hatte. Allgemein wird damit ein enormer Machtgewinn und Vertrauensvorsprung des Präsidenten und der Exekutive bezeichnet, die nach einem für die USA dramatisch verlaufenden internationalen Ereignis einsetzen.⁸⁰ Dieses Phänomen resultiert zum einen aus der Symbolkraft des Präsidentenamtes als Garant der nationalen Einheit und zum anderen aus dem Selbstverständnis des Weißen Hauses. Der damalige Pressesprecher Ari Fleischer sagte diesbezüglich im November 2001: „*Aufgrund der Art und Weise, wie unsere Nation konstituiert ist, liegt die politische Macht in Kriegszeiten hauptsächlich in den Händen der Exekutive.*“⁸¹ Die innenpolitischen Möglichkeiten, die Bush daraus erwachsen sind, werden im Folgenden besprochen.

4.2. Was waren die innenpolitischen Folgen des 11. Septembers?

Wenn man sich Meinungsumfragen nach dem 11. September anschaut, wird deutlich, wie sehr Bush von dem „rally around the flag“-Effekt profitiert hat. Unmittelbar vor dem Anschlag lag Bushs Zustimmungsrate in der Bevölkerung bei 51%. Direkt danach, genau am 15. September, konnte er einen Zuwachs von über 30% auf 86% in der Gunst der Bürger verzeichnen.⁸² Nicht nur, dass dies der höchste jemals gemessene Anstieg in Meinungsumfragen gewesen war, eine Woche

⁸⁰ Braml, Josef: Vom Rechtsstaat zum Sicherheitsstaat? Die Einschränkung persönlicher Freiheitsrechte durch die Bush- Administration. In: *APUZ*: B 45/ 2004. S.8. (Künftig zitiert: Braml: Rechtsstaat.)

⁸¹ Milbank, Dana: In War, It's Power to the President, In: *Washington Post* vom 20.11.2001. S. A1. John Ashcroft wurde diesbezüglich noch deutlicher, als er im Kongress sagte: „Ich hoffe auch, dass der Kongress die Amtsgewalt des Präsidenten respektiert, den Krieg gegen den Terrorismus zu führen und unsere Nation und ihre Bürger mit der ganzen ihm von der Verfassung zgedachten und vom amerikanischen Volk anvertrauten Machtfülle zu verteidigen.“ Zitiert nach Rudolf: Strategie, S. 9.

⁸² Z.B. Umfrage des Center for Public Service der Brooking Institution vom 30.5.2002.

später bekam Bush mit 90% den größten Wert an Zustimmung, den je ein Präsident in der USA erlangt hatte.⁸³ Dieser Erfolg von Bush hielt dazu noch länger an als jemals zuvor. Selbst ein Jahr nach dem Anschlag waren die Werte höher als vor dem 11. September. Braml weist zurecht darauf hin, dass dies ein erstaunlicher Vorgang gewesen sei, wenn man die niedrige Legitimation des Präsidenten durch die Wahl im Jahre 2000 berücksichtige.⁸⁴ Verschiedene Meinungsumfragen zeigen, dass sich das Vertrauen in den Präsidenten besonders auf seine institutionelle Funktion als Obersten Befehlshaber im Krieg gegen den Terrorismus bezog.⁸⁵ Faktisch gesehen hatte George W. Bush einen absoluten Machtanspruch im „Krieg gegen den Terror“, da er völlige Entscheidungsfreiheit in der Ausübung seiner Kompetenzen als „Commander in Chief“ beanspruchte.⁸⁶ Vorteile brachte ihm diese Stellung besonders in außen- und sicherheitspolitischen Fragen gegenüber dem Kongress ein. In Zeiten einer derartigen Krise hat der Kongress nicht die politische Macht den Präsidenten zu kritisieren, da sonst der Garant der Nationalen Einheit und der Handlungsfähigkeit in Frage gestellt werden würde.⁸⁷ Einige Mitglieder der Regierung Bush, wie beispielsweise Verteidigungsminister Rumsfeld oder Vizepräsident Cheney, hatten sich gleich zu Beginn ihrer Amtszeit explizit für eine Stärkung der Exekutive und eine Zurückdrängung der Rolle des Kongresses ausgesprochen. So behauptete Dick Cheney im Januar 2002: „*I have repeatedly seen an erosion of powers and the ability of the President of the United States to do his job. [...] We are weaker today as an institution because of the unwise compromises that have been made over the last 30 to 35 years.*“⁸⁸ Einige Wissenschaftler

⁸³ Rudolf: *Strategie*, S. 10.

⁸⁴ Braml: *Rechtsstaat*, S. 8- 9.

⁸⁵ Ebda.

⁸⁶ Rudolf: *Strategie*, S. 11

⁸⁷ Braml: *Rechtsstaat*, S. 9.

⁸⁸ Barshay, Jill: Risk enough for all in Walker vs. Cheney. *In: CQW*, 60 (2002)9. S. 565. Cheney spielt in diesem Zitat auf seine Zeit innerhalb der Nixon- Administration, in welcher er ja den Zusammenbruch präsidentieller Macht miterlebte, an.

sprechen in diesem Zusammenhang von einer Erneuerung der so genannten „imperialen Präsidentschaft“, jenem Begriff, der von Arthur Schlesinger in den 1970er Jahren geprägt worden war.⁸⁹ Wie groß die Macht des Präsidenten tatsächlich war, zeigte sich im Oktober 2002, als der Kongress mit großer Mehrheit (im Repräsentantenhaus mit 296 zu 113 und im Senat mit 77 zu 23 Stimmen) die Vollmacht für den Einsatz des amerikanischen Militärs im Irak beschloss. Der Kongress erteilte dabei seine Zustimmung für jegliche Maßnahmen gegen den Irak, handele es sich dabei nun um die Durchsetzung aller wichtigen UN-Resolutionen oder die Verteidigung der nationalen Sicherheit der Vereinigten Staaten gegen die vom Irak ausgehenden Gefahren.⁹⁰ De facto hatte Präsident Bush dadurch einen Blankoscheck für sein Vorgehen gegen den Irak bekommen.⁹¹ Darüber hinaus eröffnete sich George W. Bush, dem „Kriegspräsidenten“, eine enorme parteipolitische Chance. Auf der einen Seite ermöglichte der Krieg gegen den Terror“ die verschiedenen Fraktionen innerhalb der Republikanischen Partei auf eine Linie zu bringen, auf der anderen Seite konnte der Vertrauensbonus, den die Bush-Administration in der Außen- und Sicherheitspolitik gegenüber den Demokraten besaß, bis in den Wahlkampf von 2004 getragen werden. Erstmals seit 1972 war die Bedeutung der Außen- und Sicherheitspolitik für die Wahl höher gewesen, als die Bedeutung der Wirtschaftspolitik.⁹² Trotz allem lies sich nicht leugnen, dass zu Beginn des Wahljahres 2004 die Kritik an der Außenpolitik der Bush-Administration zunahm. Die permanente Krise im Irak und steigende Opferzahlen seitens der Amerikaner ließen die überparteiliche Zustimmung langsam bröckeln. So sagte der damalige demokratische Präsidentschaftskandidat und spätere Außenminister unter dem

26

Security
Strategies
Year: 10
Issue: 20

⁸⁹ So z.B. Wilzewski, Jürgen: Die Bush-Doktrin, der Irakkrieg und die amerikanische Demokratie. In: *APUZ*: B 45/ 2004. S. 25. (Künftig zitiert: Wilzewski: Bush-Doktrin.)

⁹⁰ Rudolf: *Strategie*, S. 12.

⁹¹ Rudolf vergleicht dieses Vorgehen mit der „Tonking-Resolution“ aus dem Jahre 1964, als der Kongress dem damaligen Präsidenten Johnson einen Blankoscheck für seine Maßnahmen in Vietnam gegeben hatte. (S. 12.).

⁹² Rudolf: *Strategie*, S. 11.

gegenwärtigen US-Präsidenten Barrack Obama John Kerry während des Wahlkampfes in 2004 über die Außenpolitik der Bush-Administration, dass sie die arroganteste, unfähigste, rücksichtsloseste und ideologischste Außenpolitik der modernen Geschichte sei.⁹³ Wie aber genau sehen nun die einzelnen Bestandteile der Außenpolitik der Bush-Administration nach dem 11. September aus?

4.3. Die außenpolitische Strategie der Vereinigten Staaten nach dem 11. September

Die außenpolitische Strategie der Bush-Administration, die sich nach dem Terroranschlag entwickelt hat, besteht im Grunde genommen aus vier Prinzipien: der Bewahrung der einzigartigen Machtposition, der strategischen Unabhängigkeit, der „Erstschlagsdoktrin“ und dem demokratischen Transformationsprozess des Nahen und Mittleren Ostens.⁹⁴ Während ja die ersten beiden Punkte gleich zu Beginn der Bush-Präsidentschaft zentrale Aspekte des außenpolitischen Programms gewesen waren, konnten die anderen beiden Elemente erst im Zeichen des 11. Septembers aufgenommen werden. Vor allem das idealistische Konzept der Neokonservativen, nämlich die Verbreitung von Demokratie und Freiheit, hatten in der anfänglichen Programmatik von Präsident Bush keinen Platz gefunden. Die Tatsache, dass sich nach dem 11. September die neokonservative Interpretation des Anschlags durchgesetzt hatte, war zwei wichtigen Aspekten zu verdanken gewesen. Zum einen schien das strategische Konzept des „Globalen Krieges gegen den Terror“ Antworten auf alte und neue Gefahren gleichermaßen zu bieten und zum anderen waren neokonservative Gedanken im politischen Diskurs nicht fremd, wie das Strategiepapier „*Rebuilding Amerika's Defenses*“ unter anderem gezeigt hat.⁹⁵ Schaut man sich die einzelnen Bestandteile der außenpolitischen Strategie an, wird man feststellen, dass diese für sich genommen nicht neu in der

⁹³ Rudolf: Strategie, S. 12.

⁹⁴ Rudolf: Strategie, S.13.

⁹⁵ Ebda.

Geschichte der amerikanischen Außenpolitik waren. Das wirklich Progressive an dem Entwurf, ist vielmehr die deutliche Akzentuierung der einzelnen Ziele und ihre Zusammenstellung zu einem außenpolitischen Konzept.⁹⁶ Laut Ikenberry könne man diese Strategie zusammenfassend als einen „*Hegemonialismus mit imperialen Implikationen*“ bezeichnen.⁹⁷

4.3.1. Der Erhalt der amerikanischen Suprematie

Seit den 30er und 40er Jahren des letzten Jahrhunderts verfolgen die Vereinigten Staaten eine Politik, die das Ziel hat, die einzigartige Machtstellung der Vereinigten Staaten zu sichern. Michael Mastanduno hat für diese Kontinuität in der amerikanischen Außenpolitik den so genannten Begriff der „grand strategy of primacy“ eingeführt.⁹⁸ Rudolf beschreibt dieses Verhalten folgendermaßen: „*Kennzeichnend für diese Grundorientierung ist das Bestreben, Amerikas Rolle als dem eigenen Selbstverständnis nach „wohlwollender Hegemon“ zu erhalten*“.⁹⁹

Unter der Bush-Administration wurde dabei besonders die militärische Überlegenheit der USA postuliert. Diese gilt in der Regierung einerseits als Garant für internationale Stabilität und andererseits als Voraussetzung für mögliche Veränderungen des internationalen Systems. Bush verdeutlichte diese Einstellung in seiner Rede in West Point am 1. Juni 2002: „*Competition between great nations is inevitable, but armed conflict in our world is not. More and more, civilized nations find ourselves on the same side -- united by common dangers of terrorist violence and chaos. America has, and intends to keep, military strengths beyond challenge, thereby, making the destabilizing arms races of other eras pointless, and limiting rivalries*

⁹⁶ Ebda.

⁹⁷ Ikenberry, John: America's Imperial Ambition. In: *Foreign Affairs*, 81 (September/Oktober 2002) S. 44-60.

⁹⁸ Mastanduno, Michael: Preserving the unipolar Moment: Realist Theories and U.S. Grand Strategy after the Cold War. In: *International Security*, 21 (Frühjahr 1997) 4, S. 49-88.

⁹⁹ Rudolf: Strategie, S. 15.

to trade and other pursuits of peace.”¹⁰⁰ Interpretiert man die Worte Bushs richtig, so sieht er die militärische Überlegenheit der Vereinigten Staaten als Bedingung für die Garantie einer friedlichen Weltordnung. Diese Haltung wird in der Politikwissenschaft allgemein als Theorie der „hegemonialen Stabilität“ bezeichnet.¹⁰¹ Verfolgt man diesen Gedankengang weiter, wird auch ersichtlich, warum die Bush-Administration gegenüber multilateraler Einbindungen negativ eingestellt ist: Multipolarität gilt in ihren Augen als destabilisierend für das internationale System.¹⁰² Das Streben nach militärischer Suprematie gewinnt darüber hinaus durch den Aspekt der „Präemptionsdoktrin“ an Bedeutung. Nur mit militärisch überlegenen Streitkräften können die Vereinigten Staaten vorbeugende Maßnahmen durchführen, wie sie in der Erstschlagsdoktrin angekündigt worden sind. Wie die amerikanische Militärmacht konzipiert sein müsse, um diesen Anforderungen gerecht zu werden, machte Rumsfeld mit seiner angestrebten Militärreform deutlich: eine stärkere Gewichtung der Homeland Defense, Mittel zum Schutz gegen asymmetrische Bedrohungen und vor allem die Verbesserung der Möglichkeit zu zielgenauen Angriffen aus größerer Entfernung.¹⁰³ Die dazu vom Kongress genehmigten finanziellen Mittel waren im Haushaltsjahr 2005 inflationsbereinigt insgesamt um 35% höher als vor dem 11. September. Zusammen genommen stiegen die Ausgaben für die Verteidigung, militärische Operationen und Landesverteidigung um 513 Milliarden Dollar.¹⁰⁴ Das Interessante an diesen Ausgaben war allerdings die Tatsache, dass diese Mittel nicht komplett in die Terrorismusbekämpfung geflossen sind. Das Center für Strategic and Budgetary Assessments stellte in diesem Zusammenhang fest: *„Der Schwerpunkt dieser Leistungen liegt auf der Aufrechterhaltung*

¹⁰⁰ The White House: President Bush Delivers Graduation Speech at West Point. 1. Juni 2002. Im Internet: <http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2002/06/20020601-3.html> (Stand: 27.12.2012)

¹⁰¹ Rudolf: *Strategie*, S. 16.

¹⁰² Ebda.

¹⁰³ Rudolf: *Strategie*, S. 17.

¹⁰⁴ Ebda.

*und Verbesserung der Fähigkeit des US-Militärs konventionelle Kriege gegen regionale militärische Mächte zu führen.*¹⁰⁵ Czempiel hatte ja bereits darauf hingewiesen, dass die USA auf die neue terroristische Bedrohung in herkömmlicher Weise reagierten, indem sie daraus einen zwischenstaatlichen Konflikt gemacht haben.¹⁰⁶ Eines der zentralen Probleme der amerikanischen Außenpolitik in den genannten Punkten ist vor allem das mangelnde Mitspracherecht anderer Nationen. Die Voraussetzung einer so genannten „wohlwollenden Hegemonie“ ist vor allem die Anerkennung multilateraler Mechanismen. Die Bush-Regierung sieht allerdings nicht die Notwendigkeit, ihre eigenen Interessen auf Kosten derartiger Prinzipien einzuschränken.

4.3.2. Die Bewahrung strategischer Unabhängigkeit

Das Verhältnis der Vereinigten Staaten zum internationalen Engagement ist bereits erwähnt worden. Ergänzend sollte bezüglich der außenpolitischen Strategie noch einiges gesagt werden. Um die strategische Beschaffenheit der amerikanischen Außenpolitik zu beschreiben, reicht das Prinzip des Unilateralismus nicht aus. Besser wäre den Begriff des so genannten „selektiven oder instrumentellen Multilateralismus“ zu gebrauchen. Was damit im Einzelnen gemeint ist, wird durch die operative Außenpolitik der USA deutlich. Die Bush-Administration verfolgt dabei die Devise, so weit wie möglich unilateral vorzugehen und multilaterale Handlungsweisen nur bei Bedarf zu nutzen.¹⁰⁷ Ein gutes Beispiel für diese Prämisse war die Feststellung Donald Rumsfelds am 27. September 2001 in der New York Times gewesen, als er die Unterstützung eines festen Bündnisses im Kampf gegen den Terror ablehnte. Seiner Meinung nach würde künftig nicht eine Koalition die Mission bestimmen, sondern die

¹⁰⁵ Zitiert nach Rudolf: *Strategie*, S. 17.

¹⁰⁶ U.a. Czempiel: *Weltpolitik*, S. 112.

¹⁰⁷ Krell, Gert: Arroganz der Macht, Arroganz der Ohnmacht: Die Weltordnungspolitik der USA und die transatlantischen Beziehungen. In: *APUZ*: B 31-32/ 2003. S. 28-29. (Künftig zitiert: Krell: Macht.)

Mission würde die Koalition definieren.¹⁰⁸ Die Aussage des Verteidigungsministers beschrieb so genannte Ad-hoc-Koalitionen. Ihr Merkmal war die Zusammenarbeit verschiedener Staaten mit der Absicht, bestimmte Ziele zu erfüllen. Dabei gaben aber die Zielabsichten die Beschaffenheit der flexiblen Koalitionen vor.¹⁰⁹ Zusammenfassend kann man über multilaterale Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten sagen, dass diese nur funktioniert, wenn dabei zum einen amerikanische Interessen nicht eingeschränkt werden und zum anderen die Option zum alleinigen Handeln weiterhin bestehen bleibt. Aus diesem Grund stoßen vertraglich geregelte Institutionen, welche die Möglichkeit haben die Souveränität der USA einzuschränken, auf Ablehnung. Das beste Beispiel dafür ist der Umgang Amerikas mit den Vereinten Nationen: „Jeglichen Versuchen, die VN zur Einschränkung der außenpolitischen Handlungsfreiheit zu nutzen, erteilen sie eine Absage.“¹¹⁰ Die Vereinigten Staaten sehen ganz im Gegenteil multilaterale Organisationen vor allem als Instrument, ihre außen- und sicherheitspolitischen Vorstellungen durchzusetzen. Die Auffassung, welche die USA über multilaterale Organisationen haben, ist ideologisch gesehen dem Realismus zuzurechnen. Demnach versuchen alle Staaten internationale Institutionen für ihre eigenen spezifischen Zwecke zu nutzen. Für die USA ergebe sich daraus, dass schwächere Staaten über multilaterale Einrichtungen die amerikanische Macht einschränken. In der „National Defense Strategy“ vom März 2005 wurde dieser

¹⁰⁸ Czempiel: *Weltpolitik*, S. 131.

¹⁰⁹ Rudolf: *Strategie*, S. 19. Eine derartig ausgerichtete Zusammenarbeit wird am Beispiel der so genannten Proliferation Security Initiative (PSI) deutlich. „Die Bush-Administration sieht in der PSI eine neue, mustergültige Form der multilateralen Zusammenarbeit. Denn bei dieser Initiative handelt es sich, wie von amerikanischer Seite immer wieder betont wird, nicht um eine formelle, vertraglich begründete Organisation, sondern um eine Reihe von „Aktivitäten“, um „Partnerschaften“ der USA mit anderen Staaten, die sich auf das gemeinsame Ziel verpflichtet haben, den Transport von Massenvernichtungswaffen, Trägersystemen und entsprechendem Material zwischen Staaten und nichtstaatlichen Akteuren zu unterbinden, die im Hinblick auf das Ziel der Nichtverbreitung als problematisch gelten.“ (S.19).

¹¹⁰ Rudolf: *Strategie*, S. 20.

Sachverhalt folgendermaßen beschrieben: „*Our strength as a nation state will continue to be challenged by those who employ a strategy of the weak using international fora, judicial processes, and terrorism.*“¹¹¹ In diesem Zusammenhang ist sicherlich auch die ablehnende Haltung der Vereinigten Staaten gegenüber dem Internationalen Strafgerichtshof zu sehen. Im Jahre 2002 wurde der so genannte „*American Service Member Protection Act*“ rechtskräftig. Dieses Gesetz erlaubte dem Präsidenten der USA eine militärische Befreiung von US-Staatsbürgern durchzuführen, die sich in Den Haag vor dem ICC verantworten mussten. Darüber hinaus ist den amerikanischen Behörden eine Zusammenarbeit mit dem ISS verboten.¹¹² Völkerrechtler werteten diese Einstellung seitens der USA als Versuch, sich über das Völkerrecht zu stellen und das geltende Prinzip der Gleichheit zu ignorieren.¹¹³ Rudolf kommt ferner noch zu dem Schluss, dass diese Politik den Anschein erwecke, die Vereinigten Staaten würden die völlige Freiheit beanspruchen, ihre Streitkräfte einzusetzen, ohne dass ein unabhängiges internationales Gremium das Recht hätte, dieses zu hinterfragen.¹¹⁴ Wenn man an die Ereignisse nach dem 11. September denkt, liegt diese Vermutung nahe.

4.3.3. Die präventive Selbstverteidigung

Kaum ein außenpolitisches Thema der USA wurde so erbittert diskutiert wie die sogenannte „*Bush-Doktrin*“, dem Teil der Nationalen Sicherheitsstrategie (NSS) vom September 2002, welcher sich mit der präventiven Selbstverteidigung befasst.¹¹⁵ „*We will disrupt and destroy*

¹¹¹ United States Department of Defense: The National Defense Strategy of the United States of America. März 2005. S. 5. Im Internet: www.defenselink.mil/news/Mar2005/d20050318nms.pdf (Stand: 03.01.2013.)

¹¹² United States Department of State: American Service Member Protection Act. Juli 2002. Im Internet: <http://www.state.gov/t/pm/rls/othr/misc/23425.htm>. (Stand: 03.01.2013).

¹¹³ Krell: *Macht*, S. 29.

¹¹⁴ Rudolf: *Strategie*, S. 20.

¹¹⁵ Zur nationalen Sicherheitsstrategie der Bush-Administration: Krause, Joachim/Irlenkaeuser, Jan/Benjamin Schreer: Wohin gehen die USA? Die neue nationale Sicherheitsstrategie der Bush- Administration. In: APUZ: B 48/2002. S. 40-

terrorist organisations by defending the United states, the American people, and our interest at home and abroad by identifying and destroying the threat before it reaches our borders. While the Unites States will constantly strive to enlist the support of the international community, we will not hesitate to act alone, if necessary, to exercise our right of self-defense by acting preemptively against such terrorist, to prevent them from doing harm agaist our people and our country."¹¹⁶ In der NSS vom September 2002 brachte die Bush-Administration ihren Willen zum Ausdruck, militärisch präventiv gegen „terroristische Organisationen“, den „Terrorismus fördernde Staaten“ und „Schurkenstaaten“ vorzugehen. De facto waren Präventivschläge in der amerikanischen Außenpolitik nichts Neues. Schon Clinton hatte vorsorglich Anlagen, die zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen dienten, ausschalten lassen. Diese Vorgehen waren aber Teil einer Außenpolitik, deren Strategie immer noch auf Eindämmung und Abschreckung beruhte.¹¹⁷ Über 50 Jahre lang waren diese beiden Elemente das Zentrum der deklaratorischen Außenpolitik der USA gewesen. Mit der NSS aus dem Jahre 2002 verabschiedete sich die Bush-Administration von diesen Prinzipien und ersetzte sie durch den Grundsatz des militärischen Erstschlags. Die Begründung dessen war die Annahme, dass Abschreckung als Verteidigungsmaßnahme nur gegenüber Status-quo orientierten Staaten und risikoscheuen Feinden nützlich sei.¹¹⁸ Bush hat allerdings diese herkömmlichen Verteidigungsschritte für Schurkenstaaten nicht mehr angebracht und wirkungslos gehalten: „*After September 11, the doctrine of containment*

46. Das Papier enthält sowohl Passagen zur Prävention, als auch zur Präemption. Unter Prävention versteht man militärische Maßnahmen, die gegen eine unmittelbar drohende Gefahr gerichtet sind. Als präemptives Verhalten bezeichnet man militärische Maßnahmen, die einer vermuteten Gefahr in der Zukunft entgegenwirken sollen.

¹¹⁶ The White House: The National Security Strategy of the United States of America. September 2002. S. 6. Im Internet: <http://www.state.gov/documents/organization/63562.pdf> (Stand: 03.01.2012)

¹¹⁷ Wilzewski: *Bush- Doktrin*, S. 26.

¹¹⁸ Ebda.

*just doesn't hold any water, as far as I am concerned.*¹¹⁹ Die Konsequenz des 11. Septembers war ein neues Verständnis legitimer Selbstverteidigung in den USA. Dieses wurde dann in der NSS in Form der Prävention und Präemption eingeführt. Unter Völkerrechtlern war die Präventivschlag-Strategie der Bush- Administration umstritten. Artikel 51 der VN-Charta sieht das Recht auf Selbstverteidigung eines Staates nur im Fall eines bewaffneten Angriffs vor. Darüber hinaus wurde er zum Zweck formuliert, einseitige Gewaltanwendung auf ein Minimum zu beschränken, was sich auch gegen Präventivschläge interpretieren lässt.¹²⁰ Darüber hinaus war die Bush-Doktrin für das internationale Recht eine echte Belastungsprobe, da sie de facto die souveräne Gleichheit der Staaten in Frage gestellt hat.¹²¹ Die USA nahmen für sich das Recht in Anspruch, unter bestimmten Bedingungen so genannte Schurkenstaaten militärisch anzugreifen und möglicherweise die dort bestehende Regierung zu beseitigen. Ein Zusammenhang zwischen der Bush-Doktrin und dem Irakkrieg lag auf der Hand. Auch wenn Außenminister Powell behauptete, dass es sich beim Irak nicht um einen Anwendungsfall der Bush-Doktrin handeln würde, konnte dieser Vorwurf nicht entkräftet werden. Präsident Bush trug sein Übriges dazu bei, vergleicht man seine an den Irak gerichtete „Ultimatumsrede“ vom 17. März 2003. Er forderte die amerikanische Souveränität ein, zu entscheiden, wann militärische Macht zum Zweck der nationalen Sicherheit einzusetzen sei, um künftigen Bedrohungen zuvorzukommen: *„We are now acting because the risks of inaction would be far greater. In one year, or five years, the power of Iraq to inflict harm on all free nations would be multiplied many times over. With these capabilities, Saddam Hussein and his terrorist allies could*

¹¹⁹ Rudolf: *Strategie*, S. 21. Rudolf beschreibt den Paradigmenwechsel in der amerikanischen Außenpolitik folgendermaßen: „Der strategische Bruch gegenüber dem früheren sicherheitspolitischen Konzept liegt in der Delegitimierung von Eindämmung und Abschreckung, eine Delegitimierung, die in der öffentlichen Debatte in den USA stattgefunden hat, aber [...] auch im Kopf des Präsidenten.“ (S. 21).

¹²⁰ Ebd.

¹²¹ Rudolf: *Strategie*, S. 22.

choose the moment of deadly conflict when they are strongest. We choose to meet that threat now, where it arises, before it can appear suddenly in our skies and cities”¹²² Interessanterweise wurde der Irakkrieg gegenüber dem VN-Sicherheitsrat nicht mit präventiver Selbstverteidigung begründet, sondern durch die Verletzung der Abrüstungsverpflichtungen seitens des Iraks legitimiert. In der offiziellen Stellungnahme der USA gegenüber dem VN-Gremium wurde darauf hingewiesen, dass aufgrund der Nichteinhaltung der Abrüstungsverpflichtungen der 1991 geschlossene Waffenstillstand mit dem Irak hinfällig geworden sei.¹²³ Im Nachhinein stellten sich alle erhobenen Vorwürfe gegen den Irak, also die fortgesetzte illegale Entwicklung von Massenvernichtungswaffen und die Verbindung zum Al-Kaida-Netzwerk, als falsch und bewusst konstruiert heraus.¹²⁴ Daraus ergab sich die Frage, was die Vereinigten Staaten mit dem Krieg wirklich beabsichtigten. Rudolf verweist diesbezüglich auf den geopolitischen Kern der Präventivkriegslogik hin: „*Der Bush-Administration ging es darum, in einer günstigen Situation einer möglichen späteren Veränderung der militärischen Machtbalance zu Ungunsten der Vereinigten Staaten zuzukommen und auf diese*

¹²² <http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2003/03/20030331-4.html> (Stand: 03.01.2012)

¹²³ Rudolf: *Strategie*, S. 22.

¹²⁴ An dieser Stelle sei auf die von Colin Powell gehaltene Rede vor dem VN-Sicherheitsrat vom 5. Februar 2003 hingewiesen. Dort versuchte der damalige Außenminister die Welt vor laufender Kamera von der Schuld Saddam Husseins zu überzeugen. Die Geheimdienstinformationen, welcher er benutzt hatte, stellten sich ebenfalls als falsch heraus. Powell bezeichnete später diese Rede als einen seiner größten politischen Fehler. Wie die Regierung Bush und auch die Regierung Blair die Öffentlichkeit bewusst belogen, belegt ein Protokoll über ein Treffen zwischen Premierminister Blair und sicherheitspolitischen Experten in der Downing Street am 23. Juli 2002. Dieses Protokoll, was die Sunday Times am 1. Mai 2005 veröffentlicht hatte, lässt nur eine Schlussfolgerung zu: Sowohl Bush als auch Blair hatten nur ein Ziel, nämlich die Beseitigung Saddam Husseins. Dafür nahmen sie auch in Kauf, Geheimdienstinformationen zu frisieren, um den Diktator bedrohlicher erscheinen zu lassen. Aus: Kirchner: Thomas: Dichtung und Wahrheit. In: Süddeutsche Zeitung. Nr. 129 vom 8. Juni 2005. S. 11.

*Weise zu verhindern, dass der Irak den Status quo in einer aufgrund der dortigen Energieressourcen weltpolitisch und weltwirtschaftlich zentralen Region bedroht.*¹²⁵

Gestärkt wurden diese Überlegungen noch von der Überzeugung, dass ein Regimewechsel im Irak zu einer für die USA günstigen Veränderung des gesamten Nahen und Mittleren Ostens führen würde.¹²⁶ Die Zustimmung des Kongresses und der Bevölkerung erzielte die Bush- Administration, indem sie den Irakkrieg in den Deutungsrahmen des „Globalen Kriegs gegen den Terror“ einfügte. Der Irak wurde aufgrund der von der Regierung hergestellten Verbindung zwischen Terrorismus, Massenvernichtungswaffen und Schurkenstaaten zum perfekten Ziel, da die konstruierten Vorwürfe genau in dieses Schema passten. Die zu erwartenden Widerstände gegen Präventivschläge in einer Demokratie wie die der USA konnten wegen der übertriebenen Bedrohungskulisse nach dem 11. September leicht ausgeschaltet werden.¹²⁷

4.3.4. Die Förderung von Freiheit und Demokratie

In der Einleitung dieser Arbeit wurde auf den offensichtlichen Widerspruch der amerikanischen Außenpolitik hingewiesen. Grob skizziert sieht dieser folgendermaßen aus: Realistisch-geopolitisch in der Wahrnehmung von möglichen Bedrohungen gegen die Vereinigten Staaten, liberal-wilsonalistisch in der Rhetorik und den Ordnungsvorstellungen.¹²⁸ Diese Zweideutigkeit wurde zu einem Hauptmerkmal der amerikanischen Außenpolitik nach 1945. Unter George W. Bush kamen die idealistischen Elemente, wie bereits erwähnt, erst im Zuge der Ausdeutung des Anschlages auf das World Trade Center durch die Neokonservativen zur Geltung. Daraus ergeben

¹²⁵ Rudolf: *Strategie*, S. 23.

¹²⁶ Ebda.

¹²⁷ Eine Analyse der Debatten im Kongress macht deutlich, dass der Terroranschlag des 11. Septembers die Bedrohungswahrnehmung beeinflusste und dadurch die Bereitschaft, künftigen Gefahren vorzubeugen, anstieg. Dazu Krell: *Macht*, S. 23-25.

¹²⁸ Schweigler: *Außenpolitik*, S. 410.

sich folgende Gegensätze in der Außenpolitik unter George W. Bush nach dem 11. September: Einerseits unterstützt die amerikanische Regierung autoritäre Regime im Nahen Osten und in Asien, welche den USA ihre Unterstützung im Kampf gegen den Terrorismus zugesagt haben.¹²⁹ Andererseits wurde die Demokratieförderung in den arabischen Ländern zum außenpolitischen Ziel der Bush-Administration erklärt.¹³⁰ Die Unterstützung des Demokratisierungsprozesses im Nahen und Mittleren Osten basiert auf der Annahme, dass in Staaten, deren Bevölkerungen politisch kein Mitspracherecht haben und die wirtschaftlich stagnieren, die Tendenz zum Extremismus steigt. Anders ausgedrückt heißt das für die Bush-Regierung: autoritäre arabische Staaten ohne wirtschaftliche Entwicklung sind die Ursache für die Entstehung des Fundamentalismus. Radikal-islamische Gruppen richten sich dann im Folgenden gegen die Vereinigten Staaten, da sie das Sinnbild ihrer verhassten Werte seien.¹³¹ Diese monokausale Begründung greift gewiss zu kurz, da sie den vielfältigen Ursachen der

¹²⁹ Jüngstes Beispiel dafür ist der Empfang des aserbaidjanischen Präsidenten İlham Aliyev im Weißen Haus Ende April dieses Jahres. Bekannt für sein autokratisches Regime, hatten die USA im November 2005 noch aufgrund der unfairen Parlamentswahlen mit Sanktionen gedroht. Dazu wird es wohl jetzt nicht mehr kommen, weil Aserbaidschan strategisch für die Vereinigten Staaten zu wichtig geworden ist. Seit einigen Monaten wird Öl aus dem Kaspischen Meer durch eine neue Pipeline gepumpt. Diese geht von Baku über georgisches Gebiet bis in das türkische Ceyhan, ohne dabei russische oder iranische Regionen zu betreffen.

¹³⁰ The White House: President Bush Discusses Iraq Policy at Whitehall Palace in London. 19. November 2003. Im Internet: <http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2003/11/20031119-1.html> (Stand: 04.01.2013). In dieser Rede, welche Bush am 19. November 2003 in London gehalten hat, bezog er sich ausdrücklich auf Präsident Wilson. Er forderte die globale Ausbreitung der Demokratie als einen Garanten für Frieden und Sicherheit. Laut Bush solle dabei der Nahe und Mittlere Osten regionaler Schwerpunkt sein. In dieser Rede geht Bush auch auf die Fehler vergangener amerikanischer Außenpolitik ein und verspricht, dass die gängige Methode der Tolerierung von Unterdrückung zugunsten der regionalen Stabilität beendet werde. Darüber hinaus ginge es ihm nicht um die Oktroyierung der Demokratie in diesen Regionen, sondern um die Unterstützung von Reformen.

¹³¹ Rudolf: *Strategie*, S. 27.

Entstehung des Extremismus nicht gerecht wird. Allerdings ist sie in der Hinsicht hilfreich, als dass sie nicht die amerikanische Außenpolitik in den arabischen Regionen als möglichen Grund für den dort ansässigen Hass gegen die Vereinigten Staaten zulässt.¹³² Die vor allem deklaratorische Forcierung der Demokratieverbretung in den arabischen Regionen muss auch unter zwei wichtigen Aspekten betrachtet werden: zum einen möchten die Vereinigten Staaten das dort vorherrschende Bild, sie seien nur am Status-quo dieser Gebiete interessiert, verändern. Zum anderen solle sie einen zusätzlichen Legitimationsrahmen für den gewaltsamen Regimewechsel im Irak liefern.¹³³ Für Bush spielte der Irak im Demokratisierungsprozess der arabischen Länder eine zentrale Rolle. Hierbei kommt die so genannte „Demokratische Domino Theorie“, welche von neokonservativen Politikern vertreten wird, ins Spiel. Laut deren Annahme könne ein „befreiter“ Irak katalytisch für die demokratische Veränderung der gesamten Region wirken. Darüber hinaus solle das Land als Exempel für die Vereinbarkeit von islamischen und demokratischen Werten gelten.¹³⁴ Viele der führenden Politiker vertraten die Ansicht, dass demokratische Transformation in den arabischen Ländern keineswegs unmöglich sei, da historisch gesehen, Tyranneien der islamischen Welt fremd seien.¹³⁵ Die Bush-Administration verfolgte nicht das Ziel, eine bestimmte Form von Demokratie, wie etwa die westliche, in die arabischen Länder zu transportieren. Auch wurden die speziellen kulturellen und wirtschaftlichen Voraussetzungen in der Region nicht außer Acht gelassen. Aus diesem Grund sah die Bush- Administration vorläufig drei Punkte, die im

¹³² Ebda.

¹³³ Ebda.

¹³⁴ Ebda.

¹³⁵ Rudolf: *Strategie*, S. 28. Sie folgen dabei der Meinung des bekannten Orientalisten Bernard Lewis, dessen Ideen nach dem 11. September vor allem für Cheney und Wolfowitz von großer Bedeutung waren. Lewis vertritt die These, dass die Sicherheit der USA von der amerikanischen Stärke in den arabischen Regionen abhängig sei. Darüber hinaus entspringe der Antiamerikanismus nicht dem Verhalten der USA, sondern entstehe aufgrund eigener Mängel.

demokratischen Transformationsprozess verwirklicht werden müssen, als entscheidend an: den Ausbau von „*unabhängiger Zivilgesellschaft*“, Verbesserung „*grundlegender Regierungspraktiken*“ und die Umsetzung freier und fairer Wahlen in größerem Umfang.¹³⁶ Die Regierung Bush war sich darüber im Klaren, dass sich die demokratische Transformation aus den eigenen Kräften der einzelnen arabischen Länder entwickeln musste. Deswegen verfolgen sie die Strategie, durch Unterstützung des wirtschaftlichen und politischen Wandels auf den demokratischen Prozess Einfluss zu nehmen. Beispiele für diese Politik gibt es zahlreiche. Sie werden im politischen Sprachgebrauch als *Middle East Initiative* bezeichnet.¹³⁷ Zu nennen wären vor allem die sogenannte Partnerschafts-Initiative für den Nahen Osten und Nordafrika, kurz MEPI, welche von Vizepräsident Cheney am 12. Dezember 2005 vorgestellt wurde und die von Präsident Bush im Mai 2003 angekündigte Absicht, eine Freihandelszone (Middle East Free Trade Area, kurz MEFTA) bis zum Jahr 2013 zu errichten.¹³⁸ Die operative Politik der Bush-Administration setzte dabei hauptsächlich auf Maßnahmen, welche die bestehenden Machtstrukturen nicht direkt beeinflussten. Ihr Anliegen beschreibt Rudolf folgendermaßen: „*Mit wirtschaftlichen Reformen, die dem üblichen liberalen Ansatz verpflichtet sind, soll die Entwicklung eines privaten Sektors stimuliert und die Herausbildung einer vom Staat nicht in hohem Maße abhängigen Elite und Mittelschicht gefördert werden.*“¹³⁹ Indirekte Maßnahmen, welche die wirtschaftliche und politische Entwicklung fördern, um den Demokratisierungsprozess anzutreiben, sind in den arabischen Ländern nicht neu. Lange vor dem 11. September ist das bereits die europäische Strategie gewesen. Diese wurde aber seitens der Vereinigten Staaten oftmals nicht für Ernst genommen.¹⁴⁰ Viele

¹³⁶ Ebda.

¹³⁷ Rudolf: *Strategie*, S. 28.

¹³⁸ Ebda.

¹³⁹ Rudolf: *Strategie*, S. 29.

¹⁴⁰ Ebda.

Kritiker aus dem liberalen Lager warfen der Bush-Administration eine große Diskrepanz zwischen deklaratorischer und operativer Politik der Unterstützung des demokratischen Wandels vor. Tatsächlich erweise sich die Rhetorik in der Bush- Regierung wesentlich dramatischer, als die tatsächlich betriebene Politik. Doch darf nicht außer Acht gelassen werden, dass auch die rhetorischen Elemente nicht ihr Ziel verfehlt haben: einerseits haben sie zum Wandel des außenpolitischen Diskurses bezüglich des Nahen und Mittleren Ostens in den USA beigetragen und andererseits haben sie den Druck für eine langfristige amerikanische Außenpolitik, die der Demokratie und der Freiheit verpflichtet ist, erhöht. Im März 2005 wurde unter dieser Prämisse der so genannte ADVANCE Democracy Act in beiden Häusern des Kongresses eingereicht. Mit diesem Gesetz soll erreicht werden, dass sich die amerikanische Außenpolitik institutionell verstärkt auf die Unterstützung demokratischer Transformation festlegt.¹⁴¹

5. Fazit

Der Anschlag am 11. September 2001 auf das World Trade Center hatte weitreichende Folgen für die Außenpolitik der Vereinigten Staaten. Die kollektive Traumatisierung der amerikanischen Gesellschaft durch das Bewusstsein asymmetrischen Gefahren ausgesetzt zu sein, führte zu einer proaktiven Haltung in der Terrorismusbekämpfung. Das Kennzeichen dieser Veränderung war die erneute Priorität einer an „worst case“-Annahmen orientierten Sicherheitspolitik.¹⁴² Parallel dazu wurde die institutionelle Funktion des Präsidenten in außenpolitischen Krisenzeiten derart ausgebaut, dass einige Politikwissenschaftler von einer Erneuerung der „imperialen Präsidentschaft“ sprachen. Einher ging dieser Prozess mit einem gravierenden Bedeutungsverlust des Kongresses in außenpolitischen Fragen. Die neokonservative Ausdeutung des 11. Septembers im Sinne des „Globalen Krieges gegen den Terror“ führte zu einem strategischen Paradigmenwechsel, der zum einen

¹⁴¹ Rudolf: *Strategie*, S. 30.

¹⁴² Rudolf: *Strategie*, S.5.

Wie Veränderte der 11. September 2001 die amerikanische Aussenpolitik
von George W. Bush?

durch die „Bush Doktrin“ und zum anderen durch die wertorientierte Außenpolitik sichtbar wurde. Zusammenfassend kann man sagen, dass die außenpolitische Strategie der Vereinigten Staaten sich in ihrer Totalität erst aufgrund des 11. Septembers entwickeln konnte. Kurz gefasst beruht sie auf vier verschiedenen Prinzipien: Bewahrung der amerikanischen Suprematie, Erhalt der strategischen Unabhängigkeit, offensive präventive Selbstverteidigung und der Förderung von Demokratie und Freiheit. Allerdings trägt der offensichtliche Widerspruch, einerseits autoritäre Regime in Asien und im Nahen Osten zu unterstützen und sich andererseits für die globale Ausbreitung von Demokratie und Freiheit einzusetzen, nicht zur Glaubwürdigkeit dieser Politik bei. Was ist aber nach den verheerenden Folgen des Irakkrieges von der außenpolitischen Strategie der Bush-Administration noch übrig geblieben? Diese Frage war berechtigt, da die traumatisierende Wirkung des 11. Septembers nachlässt und sich George W. Bush zahlreicher Kritik, auch von republikanischer Seite, ausgesetzt sah. Aufgrund der hohen politischen und ökonomischen Kosten des Irakkrieges wurden zunehmend Stimmen laut, die eine Abkehr von der unilateral-imperialen Politik fordern. Konservative Kritiker warfen der Bush- Regierung vor, die außenpolitische Mäßigung der Jahrzehnte nach dem 2. Weltkrieg aufgegeben zu haben und anstelle dessen, der Welt eine „universale demokratische Utopie“ aufzwingen zu wollen.¹⁴³ Das Ergebnis dieser Politik wäre die Schädigung vitaler amerikanischer Interessen. Liberale Kritiker prangerten vor allem die mangelnde Legitimierung der liberal-imperialistischen Vorhaben der Bush-Administration an. Zum einen seien die Vereinigten Staaten nicht so mächtig, als dass sie alleine die internationale Sicherheit garantieren können und zum anderen seien die neokonservativen Ansichten widersprüchlich und weltweit umstritten. Dazu kam, dass die außenpolitische Strategie der Bush-Administration schon im Falle des Iraks nicht funktioniert hat. Das anfängliche Vorhaben der Regierung,

¹⁴³ Simes, Dimitri K.: America's Imperial Dilemma. In: *Foreign Affairs*, 82 (November/Dezember 2003) 6. S. 91-102.

innerhalb von sechs Monaten ein funktionierendes Nachfolgeregime aufbauen zu können, wurde sich als illusionär erweisen. Anstelle dessen kam es zu einem völligen Zusammenbruch staatlicher Ordnung und der gesamten Infrastruktur. Der angestrebte „demokratische Dominoeffekt“, der sich ausgehend vom Irak auf die gesamte Region ausweiten sollte, blieb aus. Darüber hinaus wurde der Irak seit dem Ende des Krieges von terroristischen Anschlägen heimgesucht. Längst sprechen führende Nahost-Experten von bürgerkriegsähnlichen Zuständen. Der Rückhalt, den die Regierung für ihre Außenpolitik in der amerikanischen Bevölkerung lange Zeit genoss, sinkt drastisch. Mitte diesen Jahres waren gerade mal 31% der Wähler mit der Amtsführung des Präsidenten einverstanden.¹⁴⁴ Forderungen nach einem Rückzug der Truppen aus dem Irak wurden immer lauter. Wie die USA künftig mit dem Iran und Nordkorea, den anderen beiden Staaten der „Achse des Bösen“ umgehen werden, bleibt abzuwarten. Nach wie vor hält der Präsident der Vereinigten Staaten an dem Bild einer monolithischen Gefahr durch die „Feinde der freien Welt“ fest und glaubt, dass die USA die Pflicht haben, Freiheit und Demokratie in die Welt zu tragen.¹⁴⁵ Darüber hinaus zeigt er immer noch die Entschlossenheit, möglichen Bedrohungen präventiv und präemptiv gegenüber zu treten. Allerdings zeigte die gegenwärtige Politik der ehemalige außenministerin Condoleezza Rice in beiden Fällen Anzeichen multilateralen Vorgehens.

42

Security
Strategies
Year: 10
Issue: 20

Summary

The debates have been remaining on the agenda about the American foreign policy. These debates are situated whether the policies are conducted for the ideal of expanding freedom or to consolidate the hegemonic interests. Particularly, after the 9/11 attacks, foreign policy strategies led by George W. Bush emphasize a

¹⁴⁴ Spiegel-online: Dramatisches Umfragetief für Bush. 10. Mai 2006. Im Internet: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,415386,00.html>. (Stand: 16.01.2012)

¹⁴⁵ Rudolf: *Strategie*, S.32.

turning point and a paradigm shift in this context.

The tendency in foreign policy of United States highlights two different approaches, namely, liberal and conservative. Although, these two approaches have quiet different aspects, both have common points regarding to the “realist geopolitics”. Due to this policy, USA has become able to sustain its strategies in Europe, East Asia, and the Gulf countries. Additively, it continued existing as global power both in Europe and Pacific after the Cold War. A salient indicator of this is the expanding of NATO and maintaining the “Strategic Security Partnership” with Japan.

The contradictions within the liberal internationalization and the international conservatism arise out of the priorities of USA’s foreign policy. Liberals assert that USA is the guarantor of democracy and liberty globally, so it should prioritize ethic values over the real politic interests. International conversationalists, on the other hand, underestimate the ethical values for the sake of power policy. The other issue of conflict is the military interventions. International conversationalists support the military in case of a threat which is directed to USA or the allies. When the conditions of intervention are beyond the capability of US or it is hard to derive a public support, they do not support it. Liberal internationalists, on the other hand, keep their distance from the military interventions for ethical reasons, until it is necessary for real-politics.

The terrorist attacks on the World Trade Center on September 11, 2001 prompted salient changes in US foreign policy. Exposing the asymmetric threats caused traumas in Americans’ collective consciousness. Following this, US trended its foreign policy to some shifts in the frame of “pro- active”, “security policy” war on terrorism. The prominent shift became the paradigm shift in national security politics regarding the “worst scenario”, in parallel to the concept of “imperial president” which is expanding authority of president when deemphasizing the Congress’ in foreign policy crisis, highlighted by political scientists.

The interpretation of the 9/11 attacks by American conversationalists as “global war against terrorism” has embodied the strategic alterations, which is also called the “Bush doctrine” and

“foreign policy by values”. It is possible to group this alteration into four subjects: a) the superiority of US, b) protecting the strategic dependence, c) pre-emptive military action, and d) supporting democracy and freedom. Paradoxically, the protection of authoritarian regimes in Asia and in Middle East and supporting the freedom all over the globe create a contradiction.

The study examines the tendency of US foreign policy. Particularly, the alterations in foreign policy was analyzed in relevance of 9/11 attacks and the pre and post Bush administration.

Özet

Amerikan dış politika anlayışıyla ilgili geçmişte ve günümüzde önemli tartışmalar yaşanmaktadır. Bu tartışmalar yürütülen dış politika anlayışının küresel düzeyde demokrasinin ve özgürlüklerin genişlemesi ideali ile mi yürütüldüğü; yoksa bu değerleri kendi hegemonyal çıkarları için mi kullandığı yargısında toplanmaktadır. Özellikle 11 Eylül Saldırısının ardından George W. Bush’un uygulamaya koyduğu dış politika stratejileri bu bağlamda bir dönüm noktasını ve paradigma değişimini işaret etmektedir.

ABD’nin son yıllardaki temel uluslararası yönelimlerinde liberal ve muhafazakâr dış politika anlayışı önem arz etmektedir. Bu iki anlayışın birbirinden oldukça farklı yönleri olmasına rağmen ABD dış politikasında “realist jeopolitik”in ulusal çıkarlar açısından ortak yönleri de bulunmaktadır. Bu politika sayesinde ABD için önemli olan Avrupa, Doğu Asya ve Körfez ülkelerinde kendi politikasının devamlılığı sağlanabilmiştir. Soğuk Savaş döneminden sonra da bu politik anlayış çerçevesinde hem Avrupa hem de Pasifikte küresel güç olarak kalmayı amaçlamıştır. Bunun önemli bir göstergesi ise NATO’nun genişlemesi ve dönüşümü ayrıca Japonya ile “Stratejik Güvenlik Ortaklığı”nın korunmasıdır.

Liberal uluslararasıılık ve uluslararası muhafazakârlık anlayışlarının kendi aralarındaki uyumsuzluklar ABD’nin dış politika öncelikleri konusunda ortaya çıkmaktadır. Bu konuda liberal temsilciler ABD’yi küresel olarak demokrasinin ve özgürlüklerin garantörü olarak

göreyek real politik çıkarların ötesinde kimi etik değerlerin savunulduğu dış politikanın uygulanması gerektiğini öne sürmektedir. Uluslararası muhafazakârlar ise buna karşılık güç politikasını garanti edebilecek uluslararası bir düzenden bahsederek etik değerleri önemli görmemektedir. İki görüş arasındaki diğey uyuşmazlık konusu ise, askerî müdahale karşısındaki duruştur. Genel olarak muhafazakâr uluslararasııcılar; eğer bölgesel ve küresel istikrarı hedef alan bir tehdit söz konusuysa veya müttefiklerin ve ABD'nin ulusal çıkarları tehlikeye giriyorsa askerî müdahaleyi desteklemektedir. ABD'nin uluslararası alandaki yeteneklerini aşabilecek genişlemeler ve uluslararası başat kuvvet olma düşüncesinin Amerikan halkı tarafından desteklenmesi tehlikeye girdiği durumlarda askerî müdahale düşünülmemektedir. Liberal uluslararasııcılar ise etik yaklaşımlarından dolayı askerî müdahaleyi sınırlandırmakla birlikte, gerçekçi dış politika çerçevesinde askerî müdahale gerekli görülmektedir. Ancak mevcut ABD dış politikasının iki görüş arasındaki farkın azaltılmış uygulama biçimi olduğu görülmektedir.

Dünya Ticaret Merkezine yönelik 11 Eylül 2011'deki terör saldırısı Amerika Birleşik Devletleri'nin dış politikasında oldukça geniş ve kapsamlı sonuçların doğmasına yol açmıştır. Amerikan toplumunun asimetric tehditlere maruz kalması toplumun kolektif bilincinde travmaların yaşanmasına neden olmuştur. Bu gelişmeler karşısında ABD terörle mücadelede pro-aktif dış ve güvenlik politikası çerçevesinde kimi değişikliklere yönelmiştir. Bu değişimin özelliği, "en kötü durum" varsayımlarından hareketle güvenlik politikasındaki paradigma değişikliğidir. Birçok siyaset bilimci tarafından öne sürülen "emperyal başkanlığa" paralel olarak, olası bir dış politika krizi durumunda, ABD Başkanı'nın kurumsal işlevi genişletilmiş ve dış politika konularında ABD Kongresinin ciddi bir güç kaybı bu sürece eşlik etmiştir. Amerikan yeni muhafazakârlarının 11 Eylül terör saldırılarını "teröre karşı küresel savaş" biçiminde yorumlamaları, stratejik güvenlik bağlamında "Bush Doktrini" olarak da ifade edilen değişim ve "değerler bazında dış politika" alanındaki stratejik değişiklikler biçiminde somutlaşmıştır. Bu alanlardaki değişiklikleri dört grupta toplamak mümkündür: Amerika'nın Üstünlüğü düşüncesi, Stratejik bağımsızlığın korunması, ABD'nin kendisini koruyucu mahiyette

önleyici müdahale, demokrasinin desteklenmesi ve özgürlük. Ancak bir yandan Asya ve Orta Doğuda otoriter rejimlerin korunması, diğer yandan demokrasinin ve özgürlüklerin küresel düzeyde desteklenme düşüncesi, paradoksal olarak görünür bir biçimde çelişkilerin ortaya çıkmasını da beraberinde getirmiştir.

Çalışmada önce ABD'nin geleneksel dış politika yönelimi üzerinde durulmuştur ve ardından da Bush Yönetimi öncesi ve sonrası 11 Eylül Saldırısı dikkate alınarak ABD dış politikasındaki değişimler üzerinde durulmuştur.

Literaturverzeichnis

ASH, Timothy Garton: *Freie Welt. Europa, Amerika und die Chance der Krise*. München 2004.

BRAML, Josef: Vom Rechtsstaat zum Sicherheitsstaat? Die Einschränkung persönlicher Freiheitsrechte durch die Bush-Administration. In: *APUZ*: B 45/ 2004.

CZEMPIEL, Ernst- Otto: *Weltpolitik im Umbruch. Die Pax Americana, der Terrorismus und die Zukunft der internationalen Beziehungen*. 3. Aufl. München 2003.

CZEMPIEL, Ernst- Otto: Die Außenpolitik der Regierung George W. Bush. In: *APUZ*: B 45/2004.

HIPPLER, Jochen: Unilateralismus der USA als Problem der internationalen Politik. In: *APUZ*: B 31 32/ 2003.

IKENBERRY, John: America's Imperial Ambition. In: *Foreign Affairs*, 81 (September/Oktober 2002) 5.

KRAUSE, Joachim: Multilaterale Ordnung oder Hegemonie. Zur transatlantischen Debatte über die weltpolitische Neuordnung. In: *APUZ*: B 31- 32/ 2003.

KRAUSE, Joachim/ Irlenkaeuser, Jan/ Schreer, Benjamin: Wohin gehen die USA. Die Nationale Sicherheitsstrategie der Bush-Administration. In: *APUZ*: B 48/ 2002.

Wie Veränderte der 11. September 2001 die amerikanische Aussenpolitik
von George W. Bush?

KRELL, Gert: Arroganz der Macht, Arroganz der Ohnmacht: Die Weltordnungspolitik der USA und die transatlantischen Beziehungen. In: *APUZ*: B 31- 32/ 2003.

MASTANDUNO, Michael: Preserving the unipolar Moment: Realist Theories and U.S. Grand Stradegy after the Cold War. In: *International Security*, 21 (Frühjahr 1997)

MÜLLER, Harald: *Supermacht in der Sackgasse. Die Weltordnung nach dem 11. September*. Bonn 2003.

SIMES, Dimitri K.: America´s Imperial Dilemma. In: *Foreign Affairs*, 82 (November/Dezember 2003) 6.

RUDOLF, Peter: Von Clinton zu Bush: Amerikanische Außenpolitik und transatlantische Beziehungen. *Supermacht im Wandel: die USA von Clinton zu Bush*, Hans-Jürgen Puhle; Söhnke Schreyer ; Jürgen Wilzewski (Herausgeber) Frankfurt am Main: Campus Verl. 2004.

RUDOLF, Peter: George W. Bushs außenpolitische Strategie. *SWP-Studie*. Berlin 2005.

SCHWEIGLER, Gebhard: Außenpolitik. In: Lösche Peter/ von Loeffelholz, Hans Dietrich (Hrsg.): *Länderbericht USA. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur*. 4. Aufl. Bonn 2004.

WILZEWSKI, Jürgen: Die Bush- Doktrin, der Irakkrieg und die amerikanische Demokratie. In: *APUZ*: B 45/ 2004.

Quellenverzeichnis

DONNELLY, Thomas, KAGAN, Donald, SCHMITT, Gary: *Rebuilding America´s Defenses. Strategy, Forces and Resources*. A Report of the Project for the New American Century. September 2000. Im Internet: <http://globalresearch.ca/articles/NAC304A.html> (Stand: 17.12.2012)

The White House: Address to a Joint Session of Congress and the American People. 20. September 2001. Im Internet: <http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2001/09/20010920-8.html> (Stand:19.12.2012)

The White House: The President´s State of the Union Adress. 29. Januar 2002. <http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2002/01/20020129-11.html> (Stand: 23.12.2012)

The White House: President Thanks World Coalition for Anti-Terrorism Efforts. 11. März 2002. Im Internet: <http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2002/03/20020311-1.html> (Stand: 23.12.2012)

The White House: President Bush Delivers Graduation Speech at West Point. 1. Juni 2002. Im Internet: <http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2002/06/20020601-3.html> (Stand: 27.12.2012)

The White House: The National Security Strategy of the United States of America. September 2002. Im Internet: www.defenselink.mil/news/Mar2005/d20050318nms.pdf (Stand: 03.01.2012)

The White House: National Strategy for Combating Terrorism. Februar 2003. Im Internet: <http://2001-2009.state.gov/s/ct/rls/wh/71803.htm> (Stand: 03.01.2012)

The White House: President Bush Discusses Iraq Policy at Whitehall Palace in London. 19. November 2003. Im Internet: <http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2003/11/20031119-1.html> (Stand: 04.01.2013)

The White House: State of the Union Adress vom 31. Januar 2006. <http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/stateoftheunion/2006/> (Stand: 04.01.2013)

United States Departement of Defense: The National Defense Strategy of the United States of America. März 2005. S.5. Im Internet: www.defenselink.mil/news/Mar2005/d20050318nms.pdf (Stand: 04.01.2013)

Spiegel-online: Dramatisches Umfragetief für Bush. 10. Mai 2006. Im Internet: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,415386,00.html>. (Stand: 16.01.2013)